

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Vierteljahr-Wechsel erlauben wir uns, alle Arbeiter Berlins zum Abonnement auf das

### „Berliner Volksblatt“

mit der Gratis-Beilage

#### „Illustrirtes Sonntagsblatt“

einzuladen. Die Reichshauptstadt hatte vor dem Erscheinen unseres Blattes kein Organ, welches den Interessen der werththätigen Bevölkerung diene. Das „Berliner Volksblatt“ füllt diese Lücke aus, es bedarf aber, um seiner Aufgabe voll und ganz gerecht werden zu können, der nachhaltigsten Unterstützung der Arbeiter.

Wer der Sache der Arbeiter dienen will, helfe ein Unternehmen bestreiten, welches bestimmt ist, die berechtigten Forderungen und Wünsche der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, und auf ihre thatsächliche Erfüllung hinzuwirken.

Ein Jeder von unseren bisherigen Anhängern suche in dem Kreise seiner Freunde und Bekannten das „Berliner Volksblatt“ zu verbreiten und lege darauf, daß jeder neu-erfundene Bekannungsgehilfe, sein Versprechen, zu abonniren, auch wirklich hält.

Am 1. April schließen wir unseren ersten Jahrgang ab; es ist uns in dem verfloffenen Jahre klar geworden, daß die Berliner Arbeiterschaft wirklich von der Wichtigkeit durchdrungen ist, ein Organ zu besitzen, in welchem ihre Forderungen und Bedürfnisse in unverfälschter, ungefärbter Weise an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Unsererseits werden wir auch fernerhin bemüht sein, den Inhalt unseres Blattes immer reichhaltiger zu gestalten.

Ganz besondere Sorgfalt werden wir auch auf das Feuilleton verwenden und am 1. April mit der Veröffentlichung eines höchst interessanten und spannenden Romans aus der Feder Friedrich Gerstädter's

### Im Eckfenster

beginnen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird — soweit der Vorrath reicht — der bisher erschienene Theil des Romans

### „Gesucht und gefunden“

gratis und franko nachgeliefert.

Das

### „Berliner Volksblatt“

## Feuilleton.

### Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.  
(Forschung.)

„Vielleicht glaubte er auch die Behauptung des anonymen Vaters, wenn meine Vermuthung zutrifft, daß Garrid's Vater der Vater Elly's war. — Aber der Rabenvater selber? Es ist ein schändliches Verbrechen begangen worden!“

„Zur Rücklieferung.“ las er weiter, „sind berechtigt Mr. Garrid und die unbekanntem Eltern des Kindes, welche natürlich legitimirt sein müssen.“

„Mr. Garrid ist leider todt; wäre er damals nicht ermordet, ich glaube, ich hätte ihn wieder hergestellt und ihn hinweg, sie zurückzuführen.“

„Die unbekanntem Eltern?“

„Ja Lord Davis wirklich der Rabenvater dieses Kin-“

„Ihn hat das Schicksal gestraft?“

„Aber Lady Davis? — Sie werde ich auffuchen.“

„Nur müssen Sie genügend legitimirt sein.“

„In der Rubrik Bemerkungen stand geschrieben worin die Legitimation bestehen sollte.“

„Die Legitimation.“ hieß es, „kann entweder durch Vergleichung der Handschrift des Vaters mit der in den Akten befindlichen Anweisung geschehen, oder durch Vorlegung der beiden fehlenden Stücke der durchgerissenen Karte, welche sich bei den Effekten befindet.“

„Er laß nun das Verzeichniß der Effekten: Kleidungsstücke, Wäsche, Alles einzeln aufgeführt.“

„Ein Taschentuch mit den Buchstaben A. D. gestickt und einer Krone darüber. Auch das Stück der Karte, welches befindet sich in einem Koffer. Nummer des Dispo-“

„Numm: 973.“

„Frei interessirte Alles, was Elly und ihre traurige Geschichte anging. Zum ersten Mal fiel er auf den Gedanken, von dem was er bis jetzt gelesen, sich einmal zu überzeugen.“

„Raydor!“ rief er nach dem am entgegengesetzten Ende des Bureauzimmers beschäftigten Schreiber hinüber.

loftet für das ganze Vierteljahr 4 Mark, für den Monat April 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf. frei ins Haus.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungsbedienten, sowie in der Expedition, Zimmerstraße 44, angenommen.

Für Außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für das nächste Quartal zum Preise von 4 Mark entgegen.

Außerdem bitten wir unsere auswärtigen Abonnenten die Bestellung bei der Post rechtzeitig aufzugeben, damit die Nachzahlung von 10 Pf. Straßporto vermieden wird.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt.“

## Zum Duellwesen.

Der Prozeß wegen Tödtung im Duell, der am Mittwoch hier verhandelt worden ist, hat mit Recht die öffentliche Meinung wachgerufen und eine scharfe Polemik gegen die mittelalterliche Unsitte des Duells von Neuem herausbeschworen. Ein blühendes junges Menschenleben ist aus im Verhältniß nichtigen Gründen der mörderischen Kugel zum Opfer gefallen. Der Richter kann strafen, aber es liegt außerhalb seines Machtbereichs, den angerichteten Verlust zu ersetzen und die Thränen zu trocknen, die am Grabe des unglücklichen Opfers rinnen.

Wir wollen, was Alles gegen das Duell eingewendet werden kann und muß, hier nicht rekapituliren. Die Vertheidigung des Duellwesens, die wir hier und da zu hören bekommen, tritt auch gewöhnlich nur noch verschämt auf und nur das eingeleitete Junkerthum wagt dem Zeitgeist noch durch offene Beschönigung des Duells zu trotzen.

Wunderbar ist es allerdings, daß der mittelalterliche Anflug des Duellwesens der ganzen geistigen Entwicklung unseres Vaterlandes zu widerstehen vermocht hat. Die große geistige und literarische Ummwälzung in Mitte und gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts hat doch die leuchtenden Gedanken der Humanität zum Durchbruch gebracht und einen ganzen Schaal von überlebten Mißbräuchen beseitigt. Wenn der Gedanke der Humanität über Hegenprozeße und Tortur obliegen konnte, warum hat er nicht auch jenen falschen und künstlich aufgehobenen Begriff von „Ehre“ hinwegräumen können, der darauf hinausläuft, daß eine angethane Beleidigung nur durch Blutvergießen abgewaschen werden kann?

Eingewurzelte Vorurtheile sind schwer zu besiegen, daß aber die Gewohnheit, sich wegen verübter Beleidigungen mit Schuß-, Stoß- oder Hieb Waffen zu belämpfen, den modernen Anschauungen immer noch Widerstand zu leisten vermag, das hat seinen Grund wohl darin, daß wir in Deutschland eine systematische Pflege des Duells haben. Bezüglich des Duells unter Offizieren ist allerdings zu be-

merken, daß zwischen Offizieren nur Duelle auf Grund wirklicher Beleidigungen stattfinden. Ganz anders bei unserer studirenden Jugend. Die Verbindungen unter denselben, namentlich Korps und Burschenschaften, machen ihren Mitgliedern zur Pflicht, alle Forderungen „satisfaktionssfähiger“ Leute anzunehmen; ferner muß jedes Mitglied dieser Verbindungen, wenn es vom „Fuch“ zum „Bursch“ erhoben, d. h. mit sämtlichen Mitglieder Rechten der Verbindung ausgestattet wird, mindestens ein Duell bestanden haben. Man begreift, daß bei diesem System entweder die Beleidigungen gesucht werden müssen, oder daß man genöthigt ist, sich zu schlagen, ohne daß eine Beleidigung vorhergeht. Das letztere System besteht denn auch thatsächlich in Form der sogenannten „Bestimmung“.

Die Vorstände der beiden Verbindungen, die mit einander „paulen“ wollen, treten in diesem Falle zusammen und stellen einfach eine Liste von Mitgliedern auf, die sich schlagen sollen. So kann es vorkommen, daß Leute sich schlagen müssen, die sich vorher kaum oder auch gar nicht gesehen oder gekannt haben. In diesem Fall wird das Duell zum vollständigen Blödsinn, denn die zu sühnende „Ehroverletzung“, die anderwärts vorhanden, fällt weg und von „Leibesübung“ kann man auch nicht sprechen, denn eine solche ließe sich veranstalten, ohne daß Kopf und Brust der Kämpfenden Verwundungen ausgesetzt wären.

Man spreche uns auch nicht davon, daß die meisten studentischen Zweikämpfe mit einer verhältnißmäßig leichten Hieb Waffe, dem sogenannten Schläger, vollzogen werden, wobei die Augen und die großen Arterien geschützt sind und fast der ganze Körper in den sogenannten „Pauwick“ eingeschnürt ist. Inbessern kommt es doch vor, daß trotz der leichten Waffe die Verwundungen recht schwer werden — wie häufig werden die Schädelknochen angeschlagen, daß es Splitter giebt, und wie oft ist schon eine Nase abgehauen worden! — während je nach Gunst oder Ungunst des Klimas, der Witterung und anderer Konstellationen zu den Verwundungen auch gefährliche Entzündungen hinzutreten können. Man weiß, daß früher namentlich das Münchener Klima als sehr gefährlich für Kopfwunden galt und daß in der That dort auch außergewöhnlich viele Todesfälle unter den im Duell verwundeten Studenten vorgekommen sind. Seit einiger Zeit scheint sich dies einigermaßen geändert zu haben.

Vom Duell mit der leichten Waffe zu dem mit der schweren ist nur ein Schritt; man weiß, daß das Ansehen des Verbindungsstudenten, der sich schlägt, in seinen Kreisen um so größer ist, je schwerer die Waffen, mit denen er sich

Diesem Stücke schenkte Friß eine ganz besondere Aufmerksamkeit. „Thun Sie alles Andere wieder hinein,“ sagte er. „Dieses Stück der Karte werde ich zurückbehalten. . . . Dieses und die bei den Akten befindliche Anweisung, von der Hand des angeblichen Vaters geschrieben, soll mir als Wegweiser dienen.“

Raydor gehorchte. Bald befand sich Alles wieder in derselben Ordnung im Koffer, in welcher es sich befunden hatte.

Raydor verschloß denselben und übergab ihn dem Depotdiener, um ihn wieder an den Aufbewahrungsort zu bringen.

„Fügen Sie im Register die Notiz hinzu,“ sagte Rodenburg, sich wieder an seinen Schreiber wendend, „daß ich die Karte aus dem Koffer herausgenommen habe, um sie den Akten beizufügen. . . . Nehmen Sie gleichzeitig diese Karte, lieben Sie sie sorgfältig neben die Anweisung hinein in die Akten D. 973.“

Raydor nahm die Karte aus der Hand Rodenburgs. Er gehorchte diesmal nicht so schnell, sondern blieb zögernd einen Augenblick neben seinem Chef stehen.

„Was haben Sie?“ fragte dieser. — „Sie sehen aus, als ob Sie durch den Anblick der Karte überrascht wären.“

„Ich bin es auch, Herr Doktor!“ sagte Raydor. „Merkwürdig: ein Stück einer Karte aus der Mitte herausgerissen, zu beiden Seiten fehlt ein Stück, und wenn man diese beiden Lände, so würde diese Karte einen vollständigen Namen geben.“

„Das ist in der That nicht schwer zu vermuthen,“ sagte Friß Rodenburg lächelnd. „Diese Entdeckung kann Sie unmöglich so in Erstaunen setzen.“

„Doch, Herr Doktor, und zwar weil ich — am 2. Dezember ist es gerade ein Jahr — durch Zufall von einer Karte hörte, die ähnlich zerrissen wurde. Es erhielt Jemand Befehl, eine Karte in drei Stücke zu zerreißen und das mittlere herauszunehmen.“

„Wann ist das geschehen?“ fragte Friß, plötzlich aufmerksam werdend.

„Vor langen Jahren; zwölf oder dreizehn Jahre, Mr. Rodenburg.“

„Von wem hörten Sie das, Mensch?“ rief er plötzlich

„Auf Friß Rodenburg's Befehl schloß Raydor auf. Es waren Rindeskleider darin, welche man zurückgelegt, da Friß Elly im Laufe der Zeit aus denselben herausgewachsen. Stück für Stück aller der Effekten, die in dem Verzeichniß aufgeführt waren, fand sich vor.“

Auch ein Badetisch, gewickelt in ein Taschentuch. Das war nicht das Taschentuch eines Kindes, sondern viel größer als solche zu sein pflegen.

Nichtig; es waren die Buchstaben A. D. und darüber eine Krone darin gestickt. Ganz unten im Koffer lag sorgfältig in ein Papier eingeschlagen das Stück, welches aus der Mitte einer Karte herausgerissen war, mit den Buchstaben „drew“ darauf.

Raydor legte jedes einzelne Stück, das er aus dem Koffer herausnahm, vor den Doktor auf das Pult und endlich auch das Papier mit der Karte.



der über, die Hälfte, die besten Kranken, Bau-, d. Im, s. Geleg, und wird.

Es wieder, die Vertrieben, noch in, die Sache, et wird, machst.

s wurde, ilt dem, Kampfe, den, ob, sich auf, abt eine, den soll, ng ent, gelangte, and s.

mit von, Batterie, te 5000, geliefert, einzelnen, ten wich, Rajorität, der der, von rein

folgen, n wun, n sind, bekannte, ompathie, bei seiner, ehebung, n Wadli, enen ge, dung, se, wed an, Truppen

inladung, der die, einget, welche, en, das, ern auch, verschla, hat die, tungen, Schut, den Ein-, ihm auf, Berthe, ng von, gleicher, ab gelie, aben die, kommenen, und über, tige, enen der, den ver-, sich als, Agent, itzieder, ren, d-s

prechen, leste er, die Alten

zu Mr. Interesse, miffe, n unabh, viel zu, weigern, zunächst

Bäumen, die Feld, die Berge, der Bäume, er langen, bastwirts

zu, und, Besen in, dahin zu

und wie, Bladfield, a solchen, eintritt, be, trom, breit und

abe? - für ein, dem Ge-, er seine, er lang, Defens in

te dacht,

unter so verschiedenen Berufsgruppen auftretenden Eheleute und dasselbe Gaunerpaar waren. Mit welcher Dreistigkeit und Schnelligkeit das Schwindelgambit auftrat, dafür spricht am besten der folgende Fall: Am Weihnachts-Heiligabend nahmen die Gauner auf Verheißung für 270 M. Möbel, bestehend aus 30 M. an und ließen sich Abends 5 Uhr die Möbel ihrer Wohnung schicken. Bereits drei Stunden später waren die sämtlichen Möbel von Schuhmacher, der seines Erwegens so sicher war, daß er schon Tags vorher die Möbel durch eine Annonce in einem hiesigen Blatte ausbot, infolge dieser Annonce schon wieder für ca. 160 M. weiter verkauft. Am nächsten Weihnachtstage hatte Schuhmacher abermals einen anderen Möbelhändler um 300 M. Sachen betrogen, die ebenfalls bis Neujahr weiter verkauft waren. Ein großer Teil der beschriebenen Möbel und Nähmaschinen ist in den Besitz von Händlern gewandert, die dem mit Legitimationspapieren ausgestatteten Schuhmacher anstandslos die Gegenstände abkaufen. In der Versammlung der Möbelhändler machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß der mit den Recherchen beauftragte Kriminal-Kommissar immer noch keine Betrugsspuren des Schwindel-Gaunerpaares feststellt, und daß leider keine Aussicht vorhanden ist, das Gaunerpaar, welches wahrscheinlich Amerika entkommen, festzunehmen. Unter diesen Umständen wurde auf die in Aussicht genommene Auszahlung einer Belohnung auf die Ergreifung der Schwindler vollständig verzichtet. Der von dem Schuhmacher'schen Ehepaar angerichtete Schaden wird bis jetzt auf 10-14000 M. geschätzt.

In kaufmännischen Kreisen erregt die Zahlungs-Einstellung einer großen Berliner Firma im Zentrum der Stadt großes Aufsehen. Gebieter B. haben ihren Gläubigern die wenig erfreuliche Mitteilung gegeben, daß sie genötigt worden sind, ihre Zahlungen einzustellen. Zu diesem Schritt sollen die beiden Inhaber der Handlung durch das Ausbleiben der Außenstände aus einem russischen Geschäft gezwungen sein. Da aus diesem Geschäft eine genaue Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben noch nicht vorliegt, so läßt sich bis jetzt keine wirkliche Vermögenslage der Firma noch nicht genau feststellen. Die Baistoa besitzen sich auf etwa 1 1/2 Millionen Mark. Die in Bedrängnis gerathene Firma galt bis zum Ausbruch der von Niemand geahnten Katastrophe für so fein, daß derselben anstandslos jeder Kredit eingeräumt wurde. Demzufolge einer anderen Gläubiger-Versammlung wird es abhängen, ob die gerichtliche Kontur-Behandlung oder eine außergerichtliche Einigung zu Stande kommt.

Die Thätigkeit unserer Berliner Scharfrichtergehilfen als Straßensänger bringt für dieselben bisweilen ernste Gefahren mit sich. Am Montag Nachmittag fing der Scharfrichtergehilfe Michaelis am Spittelmarkt eine dem Schlächtermeister Kriehacke gehörige, mit der Steuerkarte nicht vorschriftsmäßig versehenen Hündin an. Die Drabschlinge hatte sich bereits um den Hals des kräftigen Thieres gelegt, als der Hund plötzlich anbrach und den Beamten zu Fall brachte. Dieser wollte die Schlinge nicht preisgeben und wurde infolge dessen von dem Hündin eine Strecke weit geschleift. Als er schließlich doch die Schlinge preisgeben mußte, hatte sich Michaelis beide Kniegelenke so sehr verstaucht, daß er sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte. Fast zu derselben Zeit geschah ebenfalls eine Uner Dogge einem anderen Scharfrichtergehilfen, welcher das wüthende Thier am Karlsplatz eingefangen hatte, als links Hand derart, daß dem Verletzten sofort ein Notverband angelegt, und er sich dann ebenfalls in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die letztgeschriebene Verletzung ist eine so schwere, daß die Gefahr des Steifbleibens der Hand befürchtet wird.

Ein Ausgewiesener ersucht um Aufnahme folgender Erklärung: Aus einem Briefe meiner lieben Frau erhebe ich, daß im Frankfurter Viertel von gewissen Leuten die Nachricht kolportirt wird, ich hätte schon zwei Gnadengesuche an den Kaiserpräsidenten, Herrn v. Radol, eingereicht. Ich erkläre hiermit diese Gerüchte für Verleumdungen. Wiebenstein bei Halle, 17. März. S. Grothe.

g. Das Spiel in Privatlotterien wird durch folgenden Vorgang eigenartig illustriert: In der letzten vom Architektenverein zu Berlin veranstalteten Lotterie kunstgewerblicher Gegenstände erwarb eine Firma in Bosen mehrere Loose, von denen das eine, das Loos Nr. 27816, in der am 10. Februar abgelaufenen Ziehung mit einem Gewinn, im Betrage von 50 M., gezogen wurde. Auf die Einreichung dieses Loose wurde dem Inhaber desselben von der Lotteriekommission des Architektenvereins als Gewinn zwei „Phantasiefächer aus Gaze mit Rosen“ überlassen. Der „glückliche Gewinner“ war aber über diesen Günstigeres Fortuna wenig erbaud, denn die beiden Fächer bezw. der Gewinn aus der „kunstgewerblichen“ Lotterie sprach nach seinem und dem Urtheile zu Rathe gezogener Sachverständiger weder ein M. noch einem realen Werth von 50 M., sondern höchstens von 10 M., sage zehn Mark.

„Wenigstens ein Gesellschafter,“ dachte Mr. Knox und schaute an die Scheide. Es bedurfte nur dieses Signals, um den Bader zu bewegen, an der Hausthür eine Wohnung zu machen, und in der nächsten Minute war er im Zimmer.

„Wohin denn so eilig, mein lieber Bader?“ sagte der Gastwirth. „Ich dachte, Sie könnten doch erst ein Glas Wein mit mir trinken.“

„Die Krankensüßigkeiten, Mr. Knox. Sie wissen, man muß sie mit Vorsicht genießen.“

„Run, mit den Anderen hat's gerade nicht so viel zu thun, als mit Mr. Roberts. Ich glaube nicht, daß ich ihn durchbringen werde. . . . Wenn Sie wollen, so trinke ich ein Glas Wein mit Ihnen.“

Mr. Knox hatte bereits zwei Gläser voll geschickt. Der Bader nahm das seinige, schlürfte mit Behagen, lehnte sich dann behaglich in den Bretterstuhl zurück, den ihm Mr. Knox angeboten hatte, rieb sich die Hände, nahm eine Zigarre und sagte: „Ich habe heute eine wichtige Miene an, wie ein Mann, von dem das Wohl und Wehe der ganzen Stadt abhängt, und begann zu erzählen:

„Ja, sehen Sie, lieber Knox, man hat in meiner Wohnung seine liebe Noth. Da hab ich den Roberts bis heute innerlich behandelt, ich gab ihm gestern zwei Aspirine und heute hat er bereits drei Quart Theerwasser hinuntergeschluckt. Von morgen ab beginnt die äußerliche Behandlung; vielleicht, daß ich ihm schon diese Nacht Schröpföpfe lege.“

„Also so schlimm ist es mit dem alten Herrn?“

„Natürlich, sehr schlimm; und wenn ich ihn durchbringe, so dankt er dies allein meiner Kunst. Es ist eine sehr hartnäckige Konjestion, verbunden mit einer Neuralgie und drohender Apoplexie.“

„Mein Gott, alter Freund, was sind das für barbarische Ausdrücke!“

„Wir Gelehrten pflegen uns so auszudrücken; Sie als Arzt verstehen mich nicht ganz. Thut aber auch nichts. Auf Ihr Wohl, Mr. Knox.“

„Ihr Wohl Bader!“

„Beide tranken wieder.“

„Sie sind doch ein geschickter Mann; mit Ihren beiden Schröpföpfen und beiden äußerlichen Kuren bewirken Sie Wunder.“

Als der Gewinner die beiden Fächer mit diesem Hinweis und dem Ersuchen, ihm einen Gegenstand von wenigstens nur annähernd 50 M. an Werth zu übermitteln, an den Architektenverein zurücksandte, erhielt er einen ablehnenden Bescheid und die Mitteilung, daß ihm seine beiden Fächer zur Verfügung ständen. Die gedachte Firma hat nun einen hiesigen Rechtsanwalt beauftragt, wegen Erlangung eines Gewinnes im Betrage von 50 M. gegen die Lotteriekommission beim Architektenverein klagen zu werden und ist die Klage bereits eingeleitet worden. Auf den Ausgang des Prozesses darf man mit Recht gespannt sein.

Eine „Dame“. Der Herr Rechnungsrath Wasiewicz von der „General-Militär-Kasse“ wohnt in Steglitz und erfreut sich sowohl dort als bei seiner vorgelegten Dienstbehörde allgemeiner Achtung, hat aber nichtsdestoweniger das Unglück, den tödlichen Haß einer „Dame“, einer Frau Domke in Steglitz, auf sich gelenkt zu haben, die ihn mit den unglücklichsten Verleumdungen verfolgt. Eine bereits verhängte 14 tägige Gefängnisstrafe wegen Verleumdung scheint ihren Groll nur noch vermehrt zu haben; denn seit ihrer Entlassung aus der Strafbasthi denunzierte sie den in jeder Beziehung tadellofen Beamten bei seiner Behörde, um ihn aus dem Amt zu bringen, aus welcher Veranlassung Herr Wasiewicz genötigt war, nochmals gerichtlich gegen seine Feindin vorzugehen. Nunmehr griff diese zu anderen Mitteln, um zu ihrem verwerflichen Ziele zu gelangen. Sie wendete sich an einen Tischlermeister in Groß-Viktorsfelde und bot demselben Geld, wenn er als Zeuge für Herrn Wasiewicz eine ungünstige Aussage ablege. Der biedere Tischlermeister lehnte aber nicht nur das Anerbieten entschieden ab, sondern machte dem Herrn Rechnungsrath Wasiewicz von der ihm drohenden Gefahr Anzeige, der nun die Hilfe der Staatsanwaltschaft in Anspruch nahm, um sich vor Schaden zu schützen. Dieser Behörde aber schien es geboten, wegen versuchter Verleitung zum Meineide einen Haftbefehl gegen die Dame zu erlassen. Die Ausführung fiel indessen auf unvermuthete Schwierigkeiten; drei Beamte hatten ihre Arbeit, die wuthschraubende Frau von ihrer in der Filanderstraße in Steglitz belegenen Wohnung nach dem dortigen Bahnhof zu schaffen, von wo sie nach Roßwitz transportirt wurde. Während der Eisenbahnfahrt hatte sie sich so weit beruhigt, daß der Transport vom hiesigen Bahnhof nach Roßwitz ohne weiteres Aufsehen bewerkstelligt werden konnte.

Direktor Lempp, der Gründer der Ruskischen Landvereine, der bekanntlich Mitte Februar plötzlich verstorben wurde, ist, wie von den „Berliner Nachrichten“ mitgetheilt wird, vorgestern auf Befehl des Justizministers aus der Haft entlassen worden. Die Bureau des Landvereins werden angeblich heute, am 20. d. Mts., wieder eröffnet, und zwar in dem Hause Kommandantenstraße 70.

N. Die Frau mit den drei Männern, die, wie unsern Lesern erinnerlich, am 10. d. Mts. von ihrem zweiten Mann, dem Uhrmacher Dettmar, durch einen Revolverstich in den Kopf verwundet und in die königliche Klinik überführt wurde, befindet sich, wie uns auf Anfrage mitgetheilt wird, bereits so weit auf dem Wege der Besserung, daß sie voraussichtlich in aller nächster Zeit als Reconvalenscentin wird entlassen werden können.

N. Einen ganz seltsamen Besuch erhielt am gestrigen Tage ein in der Viniensstraße belegener Schankkeller. Ein vor einem Bauerwagen gespanntes Pferd hatte vor dem quers Haus die Stränge gerissen und war auf den Bürgersteig hinaus gelaufen, wo es jedoch ausglitt und derart hinfiel, daß es mit dem Hintertheil in die Kelleröffnung bergehen Hauses geriet. Es bedurfte umfassender und anstrengender Arbeiten, um das Pferd aus seiner bedrängten Lage, wenn auch in stark geschundenem Zustande zu befreien.

Bei Gelegenheit der Besprechungen über die Premiere von „Hamlet“ im „Deutschen Theater“ enthielten verschiedene Zeitungen die irrtümliche Angabe, daß die Vorstellung eine der längsten gewesen sei und erst um 11 1/2 oder gar gegen Mitternacht ihr Ende erreicht habe. Dem gegenüber sei die Verichtigung erlaubt, daß die Vorstellung am ersten Abend genau um 10 Minuten vor 11 Uhr beendet war und in Zukunft voraussichtlich nur bis 10 1/2 Uhr dauern wird. Am nächsten Sonntag beginnt die Aufführung von Homlet bereits um 6 1/2 Uhr.

a. Zwei sogenannte „Leichenfledderer“ (d. h. Diebe, welche als Spezialität den Diebstahl gegen schlafende Personen betreiben) hatten seit einiger Zeit einen nächtlichen Unterschlupf in einem Hause der Stallchreiberstraße gefunden, woselbst sie häufig auf der Bodeentreppe dieses Hauses nächtigten. Vermuthlich waren sie durch einen Zufall in den Besitz eines Hauschlüssels des Hauses gelangt. Am jüngsten Sonntag Abend kam einer der beiden Fledderer, Namens Schneider, kurz vor 10 Uhr in dieses Haus, stieg nach dem Boden herauf und schlief bald auf seinem improvisirten Nachtlager ein. Eine Stunde später kam sein Komplize „nach Hause“ in der Begleitung eines stark angetrunkenen Mannes, welchen er in das

Haus der Stallchreiberstraße mit hineinnahm, nach dem Hofe brachte und da in einen entlegenen Winkel hinlegte. Hierauf begab sich der Fledderer hinauf nach dem Boden, wachte da seinen Genossen mit den Worten: „Schneider, komm herunter, ich habe eine schwere Leiche auf dem Hof.“ Beide begaben sich nun nach dem Hof, woselbst sie dem in tiefem Schlaf liegenden Betrunknen, welcher anscheinend den besseren Ständen angehörte, Portemonnaie mit 10 M. Inhalt, Gut, Stiefeln, Uhr nebst Kette und Zigarentasche abnahmen. Mit dieser Beute entfernten sich die Fledderer, den schlafenden Betraubten im Hofe zurücklassend. Am folgenden Morgen wurde dieser noch immer an derselben Stelle schlafend, von Hausbewohnern gefunden und aufgeweckt. Der Bestohlene stellte jetzt seinen Verlust fest und erzählte, daß er nach einem großen Trinkgelage am Sonntag Abend nach 10 Uhr, auf dem Heimweg begriffen, von einem fremden Mann untergefaßt und in dies Haus geführt wurde, damit er dort seinen Raub auszusuchen könnte. Der Bestohlene entfernte sich hierauf, ohne bei der Polizei über den gegen ihn verübten Diebstahl eine Anzeige zu machen und ohne seinen Namen zu nennen, wahrscheinlich aus Scham wegen seiner Trunkenheit. Auf die von den Hausbewohnern gemachte Anzeige ermittelte die Kriminalpolizei den Fledderer Schneider, welcher seine Betheiligung an dem Diebstahl einräumte, und den oben beschriebenen Sachverhalt erzählte. Für den Fortgang der Untersuchung gegen den bereits ergriffenen und den noch gesuchten Leichenfledderer würde es von hohem Werth sein, wenn sich der noch nicht ermittelte Bestohlene auf dem Kriminalkommissariat meldete.

a. Kindesleiche. In einem Koupé der III. Klasse des Eisenbahnzuges, welcher am 13. d. M., Vormittags 9.44 Uhr, von Görlitz kommend in Koblitz ankam, wurde in Koblitz, nachdem sich die Passagiere entfernt hatten, die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden, welche in eine schwarz-weiß-graue gestreifte Laminade gehüllt war. In dem Koupé hatten sich während der Fahrt von Görlitz nach Koblitz nur ein älterer Herr und eine jüngere Dame befunden, welche aber bisher noch nicht ermittelt sind, ebenso wenig ist bisher über die Herkunft der Kindesleiche etwas ermittelt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Unterschlagung eines in amtlicher Eigenschaft empfangenen Geldbetrags hatte sich gestern der ehemalige Vertriebssekretär Heinrich Karl Wilhelm Oskar Noesner vor der vierten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Der Kaufmann Doppold hatte im Juni v. J. seine Abonnementskarte III. Klasse Hannes-Berlin an das hiesige Betriebsamt zum Umtausch gegen eine Karte II. Klasse eingereicht. Nach Ablauf der erhaltenen Interimskarte begab sich Doppold in's Bureau des Betriebsamts, wo er nur noch einen Beamten antraf, der den Abenddienst zu versehen hatte. Derselbe übergab ihm entgegenkommend die bereits fertig hergestellte Karte, für welche ein Differenzbetrag von 23 M. zu bezahlen war, mit der Aufforderung, den Preis dafür später an der Billetkassa zu entrichten. Da die Unterhandlungen aber doch so viel Zeit in Anspruch genommen, daß der Zug nach Hannes bereits abgegangen war, kehrte Doppold in das Bureau zurück und händigte dem betreffenden Beamten die 23 Mark ein, die derselbe aus Gefälligkeit für ihn abzuführen übernahm. Die Abführung des Betrages ist aber damals unterblieben und diese Ordnungswidrigkeit auffallender Weise erst nach Verlauf von 4 Monaten entdeckt. Die Beschreibung des betreffenden Beamten paßte auf den Angeklagten, der nach anfänglichem Leugnen seiner Identität, dieselbe später einräumte. Er behauptet aber vor Gericht, daß er nur aus Furcht vor einer Disziplinarstrafe wegen der vergessenen Ablieferung der 23 M., die die ganze Zeit über in seinem Possen gelegen haben, die Herausgabe der Quote abgestritten habe. Der Staatsanwalt erachtet die Schuld nach Maßgabe der Anklage für erwiesen, da dem Angeklagten der Gelobetrag offenbar als Beamten übergeben worden sei; der Gerichtshof erachtet aber dessen Angabe, daß Doppold von ihm nur eine Gefälligkeit verlangt habe, nicht für widerlegt und verurtheilte denselben daher nur wegen einfacher Unterschlagung zu sechs Wochen Gefängnis.

g. Eine empfindliche Strafe wurde heute von der 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I dem bei einem Schlächtermeister in der Invalidenstraße konditionirenden Rutscher Bird jubilit, welche nicht versehen dürfte, fürs Erste wenigstens dem namentlich seitens der Schlächter beliebten schnellen Fahren in den Straßen um etwas Einhalt zu gebieten. Bird wollte mit seinem Gefährt am 24. Dezember v. J. von der Friedrichstraße in die Jägerstraße einbiegen. Es geschah dies in so schneller Weise, daß der 14 Jahre alte Rudolf Marquardt, welcher gerade den Fahrdamm an dieser Stelle überschreiten wollte, von dem Pferde umgerissen und sodann überfahren wurde. Er erlitt einige Verletzungen im Gesicht und eine leichte Quetschung des linken Beines. Zwei

sikum gegen Kollit, sage ich, und wenn der Gelschnabel, der Doktor Rodenburg. . .

Dem Bader blieb das Wort in der Kesse stecken. Wahrhaftig. Er sah durch das Fenster eben einen Reiter vom Pferde steigen, und dieser Reiter war kein anderer als — der Gelschnabel.

Der Wirth und sein Gast hatten sich von ihrem Erstaunen noch nicht erholt, als Fritz eintrat. Mr. Knox bewillkommnete ihn herzlich, und Fritz reichte auch dem Bader die Hand.

„Wie in aller Welt, Herr Doktor, verirren Sie sich einmal noch Bladfield?“ rief der Wirth. „Hätte ich doch gedacht, Sie haben dort in Bethesda unser Städtchen und uns Alle längst vergessen.“

„Reineswegs, Mr. Knox; ich habe oft Ihrer und Ihrer freundlichen Bewirthung gedacht, mich auch oft Ihres vortrefflichen Glases Ale erinnert. . . . Freut mich, Herr Bader,“ wandte er sich an diesen, „Sie immer noch frisch und munter zu sehen. Was macht die Praxis? Gläd's immer noch mit Aberlax und Schröpfen? Wirkt das Theerwasser noch Wunder? Will's hoffen!“

„Man thut eben das Seinige,“ antwortete der Bader, der den hochmüthigen Ton von vorhin plötzlich sehr herabstimmte. „Man macht's so gut wie man's eben kann, ohne ein studirter Arzt zu sein. . . . Ich habe immer noch leidlich glückliche Kuren gemacht.“

„Freut mich das zu hören. . . . Wenn aber alle so wohl sind, wie unser Mr. Knox, so werden Sie nicht viel zu thun haben. Was macht Nistref Knox?“

„Thut mir leid, Herr Doktor,“ sagte der Gastwirth, der eben das Glas und die Flasche auf den Tisch setzte, an welchem Fritz Platz genommen hatte. „Thut mir leid Ihnen nicht sagen zu können, daß sie sich wohl befindet. Sie ist wieder krank; — Ihr altes Leiden. . . . Sie wissen ja.“

„Ah, die Kollit; ich erinnere mich noch. Das Natron hat ihr ja immer gute Dienste gethan und in einigen Stunden das Uebel beseitigt.“

„Hier ist das Theerwasser,“ sagte der Hausknecht, der eben eintrat, und eine mächtige Flasche auf den Tisch stellte.

(Fortsetzung folgt.)

Schule bezeugt heute, daß dem Birkallein die Schuld an dem Vorfalle trüge, weil er zu schnell gefahren sei und auch dem Marquardt nicht zugehört habe. Nach einer gründlichen Kritik des sich immer mehr breiten machenden rüchellos schnellenfahrens auf den Straßen wurde Birk zu einer Gefängnisstrafe von 8 Wochen verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 12 Wochen Gefängnis beantragt.

## Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Vielesfelder Streifen erlassen ein sehr interessantes Schriftstück, in welchem sie die Praktiken verschiedener Unternehmungen beleuchten, die durch Material- und Werkzeuglieferungen an ihre Arbeiter noch ein recht rentables Nebengeschäft machen. In einer diesigen größeren Fabrik zahlen die Arbeiter für Köddl per Vier 64 Pfg. Ein Vier Köddl ist gleich 900 Gramm, mithin wird das Kilogramm mit 71 Pfg. in Rechnung gestellt. Ein Blick auf den Kursbericht der Produktionsbörsen läßt erkennen, daß der Engrospreis 50-54 Pfg. beträgt, folglich die betreffenden Arbeiter das Kilogramm mit 17-21 Pfg. zu theuer bezahlen. Gewiß ein Profit in exorbitanter Höhe, zumal wenn man bedenkt, in welcher großer Quantität der Verbrauch an Köddl in manchen Fabriken zu verzeichnen ist. Noch klarer ist dieses Beispiel, wenn man mit direkten Bezugsquellen, also hier Drehmühlen rechnet. Ein anderer sehr frequenter Bedarfsartikel, die sogenannten Puploppen, dient, um den „Profit“ zu erhöhen, ebenfalls als willkommener Verkaufsobjekt, wie nachstehendes beweist: Einkaufspreis von 10 Pfennigen pro Pfund an, Verkaufspreis an die Arbeiter 12 bis 30 Pfennige. Die beste gewaschene und sortirte Qualität kommt indes nur wenig in Betracht, da Klagen der Arbeiter über Unreinlichkeit nicht selten sind, sehr häufig wird sogar, da die Lumpen direkt von den Zwischenhändlern entnommen, ohne daß dieselben desinficirt sind, ungeziefer an gros mit in den Kauf genommen, vielleicht auch Krankheitsstoffe den Arbeitern direkt zugeführt. — Solcher Konsumartikel giebt es noch mehrere, wie z. B. Schmirgelleinen, Lampen, Löhlginn, Schlagsloß, Sandfeger, Feilenhüte, Lampenröhren, Brenner, Silberstahl, Dellannen u. c. Wir führen jeden einzelnen Artikel des beschränkten Raumes wegen nicht an, gewiß ist aber, daß fast bei allen Gegenständen ein löhnender „Profit“ konstatirt wird. Für diejenigen, welchen diese Versicherung nicht genügt, wollen wir noch einige Beispiele herausgreifen, welche wir durch uns vorliegende Werkzeugbücher dieser Fabriken, verglichen mit Preislistenants bestrenommirter Geschäfte feststellen können. Nehmen wir Lampenzylinder; dieselben werden den Leuten per Stück mit 10 Pf. berechnet. Preisbücher von Lampenfabriken zeigen den Preis per Duzend mit 20-25 Pf. fest. Feilenhüte werden von jedem Drechsler bei größerer Bestellung mit 30 bis 50 Pf. per Duzend in Rechnung gestellt, dagegen finden sich dieselben in den Werkzeugbüchern mit 6-10 Pf. per Stück vor. — Als Uniform oder diene die Thatsache, daß die Werkzeuge resp. Werkbücher auf dem Konto mit 10 Pf. figuriren, während jeder Buchbändler das Duzend dieser Sorte für 50 Pf. verkauft. Dabei sind sie aber noch nicht einmal eigentliches Eigenthum des Inhabers, sondern in manchen Fabriken werden dieselben bei Lösung des Arbeitsverhältnisses zurückbehalten, wahrscheinlich um die Arbeiter nicht in die Lage zu setzen, ungewisse Statistiken wie z. B. gegenwärtige, der Definitivität zu übergeben. — Viel Geld wird auch an der großen Menge der „kleinen Werkzeuge“ verdient, unter welchen mancher diesem Verurtheilte fernstehende gewöhnlich einen Hammer, Meißel, Feile, vielleicht auch noch 1 oder 2 weitere Stücke versteht. Wir lassen daher für den Nachleser eine Aufzählung der Werkzeuge, welche einem Werkzeugbuche entnommen ist, folgen: 1 Strohhüte, 4 Vorseifen, 2 halbrunde Vorseifen, 1 halbrunde Schlichteisen, 3 Rundseifen, 1 Quadratkelle, Spitzkelle, 4 Schraubenzieher, 2 Hämmer, 1 Feilloben, 2 Drahtzangen, 1 Körner, 4 Mutterstüßel, 1 Winkel, 1 Durchschlag, 3 Meißel, 2 Dellannen, 1 Kugelversenker, 1 ugeltraiser, 3 Reibahlen, 2 Gewindebohrer, 1 Schaber, 4 Leeren, 2 Messingbocken, 1 Holzkluppe, 1 Messingrohr, 3 Spiralschrauben, 1 Versenker, 1 Vinal. Vorstehendes vergrößert sich noch unter Umständen um folgende Gegenstände: Schublehre, Lampe, Handbesen, Bodwinde, Krumm- und Spitzstiel, Vordächer, Vöthelbolen, Schienen, Raspel, Blechellen, Feilenhüte, Nummern, Feilbürste, Bugbürste, Kupferhammer, Holzhammer, Schmirgelleinen. Zu diesem gestellt sich noch oben angeführte Schmirgelleinen, Köddl, Maschinend, Buglappen und sonstige Kleinigkeiten und die Ausrüstung des Arbeiters ist eine komplette. — An diesen Gegenständen verdienen nach einer eingehenden Tabelle die Unternehmer im Durchschnitt 33 pCt des Einkaufspreises, an manchen, wie an den runden und dreieckigen Vorseifen sogar mehr wie 100 Prozent! Das Kapital ist erstaunlich erfinderisch in seiner Profitguth!

Wir erwähnen bei dieser Gelegenheit gleich, um falschen Darstellungen entgegenzutreten: daß der Streik der Koch'schen Arbeiter in Vielesfeld auch daraus entstand, daß die Arbeiter selber Werkzeuge, Feilen, Schmirgelleinen, Feilenhüte, Del, Lumpen zum Bugen halten sollten, kurzum alles, was zur Arbeit gebraucht wird. Die Verwaltung versprochen allerdings eine Zulage; aber wie solche Versprechen auf die Dauer gehalten werden, das weiß man ja; und wenn die Verwaltung nichts profitieren wollte, warum befände sie dann mit solcher Hartnäckigkeit auf dem neuen Modus? Die Arbeiter verlangen deshalb nicht, wie man behauptet hat, eine Lohnerhöhung, sondern nur: 1) eine Beibehaltung des alten Modus, 2) eine selbständige Arbeitszeit und 3) Wiedererrichtung der drei entlassenen Kommissions-Mitglieder. Die Vielesfelder Arbeiter rechnen im Bewußtsein ihres guten Rechts auf rasche und reichliche Unterstützung seitens aller ihrer Kollegen in Berlin und der Provinz. Sendungen sind zu richten an Herrn Kuehmarl in Vielesfeld, Cant. II 210.

Die Ertheilung der Konzession zum Brauntweinsekt ist in Mecklenburg-Schwerin noch immer von der Prüfung des Bedarfs abhängig. Wie wenig das hilft, wenn die gesammte wirtschaftliche Entwicklung (schlechte Ernährung und übermäßige Anstrengung des Volkes, billige Brauntweinproduktion u. s. f.) auf eine Erweiterung des Brauntweingenußes hinarbeiten, geht aus der unehmlich starken Vermehrung der Krüge, d. h. der ländlichen Brauntweinsektlen in Mecklenburg hervor. Während der vorangegangenen 7 Jahre 1877-83 bewegte sich die Zahl von 321 zu Anfang des Jahres 1877, langsam aufsteigend, bis zu 363 zu Anfang des Jahres 1883, stieg also im Jahresdurchschnitt um 6, wuchs aber im Laufe des Jahres 1884 um 44, vermehrte sich also in diesem Jahre um 81 oder um etwas über 22 pCt. Die Steigerung trat besonders in einzelnen Kreisen sehr auffallend hervor, während andere an ihr nur einen geringen oder gar keinen Antheil hatten. Am stärksten zeigte sie sich in folgenden Kreisen: in Danzig (von 17 auf 25 gleich 47 pCt.), in Grabow (von 24 auf 36 gleich 50 pCt.), in Gahrow (von 21 auf 33 gleich 57 pCt.), in Lubj (von 24 auf 40 gleich 66 2/3 pCt.) und in Dargun (von 8 auf 15 gleich 87 pCt.).

In Rathenow ist sämmtlichen Zimmergeleuten, welche dem Sachversteher der Zimmerer angehören, am letzten Sonnabend von ihren Meistern gekündigt worden. Diese Maregel soll mit der in Aussicht genommenen höheren Lohnforderung der Geleuten in Verbindung stehen.

Zur Arbeitseinstellung in Lipine (Oberschlesien). Ueber die bereits gemeldete Arbeitseinstellung in Lipine wird der „Schlesische Volksztg.“ aus Lipine vom 13. d. M. geschrieben: Die hiesige Direktion der Schlesischen Aktien-Gesellschaft hat an Stelle des frühern Anknuppungsstatuts ein neues ausge-

arbeitet, aber ganz einseitig ohne Hinzuziehung der Arbeiter, ohne sich vorher mit den Arbeitern ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Da in diesem neuen Statut viele Paragraphen enthalten sind, welche offenbar Schädigungen für die Arbeiter bedeuten und für die letzteren unannehmbar erscheinen, haben es die Arbeiter in a-er Ruhe abgelehnt, das neue Statut anzunehmen, vielmehr haben sie sich mit einer Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe gewendet. Am gestrigen Tage, d. i. den 12. d. M., als verlautete, daß am nächsten Tage bei der Lösung den Arbeitern bereits die ersten Ruhige in ziemlich bedeutender Höhe für das neue Statut gemacht wurden, haben die Arbeiter auf allen Hütten die Arbeit eingestellt. Auf die Aufforderung des Huttenverwalters und Huttenmeisters, weiter zu arbeiten, erklärten die Arbeiter gelassen und in Ruhe: „Sie wollen sofort die Arbeit aufnehmen, sofern man sie nicht zwingt, das für sie schädliche und unannehmbar Statut anzunehmen.“ Die Beamten erklärten, sie wären daran nicht schuld, die Arbeiter sollten sich an den Bergtrath wenden. Der Bergtrath erschriebener, durch die Beamten hiervon sofort ververstandigt, begab sich nach Beuthen und brachte den königlichen Landtrath und Staatsanwalt nach Lipine, vor welche Abgeordnete der Hüttenarbeiter berufen wurden, um sich über ihre Handlungsweise zu verantworten. In aller Ruhe erklärten diese: es sei Entschluß aller Hüttenarbeiter, auf das neue Statut, das ihre frühern Rechte sehr beeinträchtigt, und das ohne ihr Wissen und ohne ihren Willen zu Stande gekommen sei, nicht einzugehen. Der Herr Bergtrath soll erklärt haben, es müsse bei der getroffenen Manahme verbleiben.

Hungerlöhne in sterreichischen Staatsbetrieben. In der königlichen Zigarettenfabrik zu Stein wurden im Jahre 1884 von 360 Arbeiterinnen, welche das ganze Jahr als Puppenmacherinnen und Spinnerinnen beschäftigt waren, 32 773 000 Stück Zigaretten verfertigt, für welche der Betrag von 66 623 fl. 16 kr. als Arbeitslohn ausbezahlt wurde. Nach den einzelnen Sorten stellte sich der Verdienst folgenderweise:

	Arbeitslohn per		
	500 Stück	Summe	
843 000 Stück Britannica	fl. 1.40	fl. 2 360.40	
108 000 „ Savanna	„ 1.32	„ 285.12	
1 556 000 „ Cuba zu 5 kr.	„ 1.18	„ 3 609.92	
7 498 000 „ Cuba zu 4 kr.	„ 1.09	„ 16 345.64	
1 468 000 „ Portorico	„ 1.03	„ 3 024.08	
17 261 000 „ Runge zu 2 kr.	„ 1.00	„ 34 522.00	
4 039 000 „ Runge zu 1 1/2 kr.	„ .97	„ 7 835.66	
32 773 000 Stück Zigaretten Gesammtsumme	fl. 67 982.82		
Davon Abzug 2 pCt. für die Krankenkasse	„ 1 359.66		
bleibt für 360 Personen per Jahr	fl. 66 623.16		

Darauf entfällt also auf die einzelne Arbeiterin ein Lohn von ca. 185 fl. = 310 M. jährlich, von 15 fl. 42 kr. = 25.70 M. monatlich, und von 3 fl. 55 kr. = 6 M. wöchentlich. Das „praktische Christenthum“ der sterreichischen Regierung scheint demnach nicht sehr wirksam zu sein.

Warnung vor der Auswanderung nach Amerika. Das Organ der New-Yorker Handelskammer „Chamber of Commerce Journal and Exhibition Reporter“ steht sich veranlaßt, mit Rückblick auf die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten herrschenden Zustände, vor jeder Auswanderung nach Amerika auf das Dringlichste abzurathen. Tausende von Arbeitern, schreibt das erwähnte Blatt, sind brotlos. In New-York allein habe der dortige Wohlthatigkeits-Verein 45 000 Familien, bestehend aus nicht weniger als 180 000 Personen, im Laufe der letzten drei Jahre unterstützt und die Mehrzahl der Unterstützten habe sich aus Fremden rekrutirt. Diese „Arme der Armen“ werde durch Einwanderer fortwährend vergrößert. Aus diesem Grunde ersucht das Organ der New-Yorker Handelskammer alle Handelskammern und alle Konsulate, dahin zu wirken, daß der Einwanderung nach Amerika Einhalt gethan werde, bis wieder bessere Zeiten kommen, in welchen Arbeit und Industrie entsprechende Verwendung finden. In ähnlicher Weise hat sich kürzlich das österreichisch-ungarische Konsulat in New-York über mehrere an dasselbe ergangene Anfragen geauert. In einigen Distrikten seien arme Leute furthlich der Hungersnoth preisgegeben, in anderen müssen sie sich mit einem so armseligen Tagelohn begnügen, daß sie nur in dufftiger Weise und unter großen Einbußen ihr Leben kammern fristen können. Nach Angabe der in New-York erscheinenden „sterreichisch-ungarischen Zeitung“ befinden sich in dieser Stadt allein nicht weniger als 30 000 brotlose Arbeiter, nachdem viele Fabriken entweder alle oder einen Theil ihrer Arbeiter in Folge schlechten Geschäftsganges entlassen mustren.

In der Tabakfabrik zu Madrid, die 10 000 Arbeiterinnen beschäftigt, ist es am 12. d. M. zu einem offenen Auftruh gekommen. Der Rundener „A. Hg.“ werden darüber folgende Einzelheiten berichtet: Es hatte sich das Geruch verbreitet, die Direktion der Anstalt gehe damit um, in derselben Widelmashinen einzuführen. Dies hatte die Gemüther gewaltig aufgeregt, und am fruhren Morgen versammelten sich die Arbeiterinnen, statt an ihre Beschäftigung zu gehen, in den Fabrikhofen und beschloen, die vermeintlich schon in den Vorrathskammern bereit liegenden, ihrem Gewerbe verderblichen Geräthe hervorzufuhren und sie zu zerstören. In drohender Haltung und unter dem Rufe: „Man will uns hungern lassen!“ drangen sie in die Räume und hielten, Rufen und Rösten oend, genaue Nachsuche — jedoch vergeblich, denn jene Maschinen, von denen man ihnen gesagt hatte, daß damit sundlich 6000 Zigaretten angefertigt werden, waren gar nicht vorhanden. Dagegen vermuteten sie von gewissen aufgefundenen geschnittenen Tabaksorten und Widelpapieren, dieselben seien für die neue, ihre Handarbeit ersetzende Herstellungsweise bestimmt, und vernichteten sie, damit einen Schwadenschuß verunachlassend, der auf 75 000 Pefetas geschätzt wird. Andere Ausschreitungen sehen nebenher. Rings um das im Jahre 1790 erbaute, 426 Fuß lange und 239 Fuß breite Gebäude hatten sich Volkshaufen angeammelt, die bereit waren, den im Innern emportren Arbeiterinnen halbtägig beizustehen. Die herbeigeeilten Behörden und Vorstände der Fabrik wurden verhöhnt, der Stadtgouverneur selbst mit Steinwürfen empfangen, ebenso die Gendarmen, bis es endlich der leitenden gelang, die Straßen zu laubern. Darauf kam es noch zu einem erbitterten Kampfe inner- und außerhalb der Fabrik, wobei von Messern, Sabeln und Schusswaffen Gebrauch gemacht wurde. Aus Furcht, von den Gendarmen ergriffen zu werden, schloen sächlich eine Anzahl Arbeiterinnen eine Wand durchbrechend, ins Freie, während der zur Vermittelung herbeigekommene Finanzminister Cos-Gayon den Hauptthor der Fabrik gewaltsam öffnen ließ und die ergrimmten Weiber ansprach, indem er die Versicherung abgab, daß die verhafteten Maschinen nicht angeschafft worden seien, es auch nicht in der Absicht der Regierung liege, sie einzuführen, daß es sich vielmehr nur um die Anschaffung von Tabakschneidemaschinen handle, die der Handarbeit keinerlei Eintrag thun. Die Ansprache des Finanzministers trug wesentlich zur Beschwichtigung bei. Leider sind nicht wenige Verwundungen auf beiden Seiten vorgekommen.

London, 15. März (Streit). Das gesammte Personal der Baumwoll- und Jutespinnerei Barron's Journace hat heute die Arbeit eingestellt. Die Ursache des Streites ist eine Lohnverringerung von 10 pCt. Die Fabrik setzte 30 000 Spindeln in Thätigkeit und wird als die größte der Welt angesehen. Ungefähr 4000 Arbeiter sind beschäftigungslos und dürfen die Familien derselben, falls der Streit lange andauern sollte, dem Elende preisgegeben sein, da die Mittel der Arbeiter nur gering sind.

Arbeiterabgeordnete in England. Während der Osterzeit will man in London eine große Konferenz abhalten, um über die Arbeiterkandidaturen für die nächsten Wahlen schlüssig

zu werden. Bisher sind folgende Kandidaturen in Aussicht genommen: Mr. A. A. Greer (St. Pancras West); Mr. John Dumpsbrey (Bermondsey); Mr. Howard Evans (North Lambeth); Mr. George Howell (Bethnal-green Division of Hackney); Mr. Benjamin Yocraft (Poplar) und Mr. George Potter (St. George's-in-the-East).

Die Durchführung des Krankenkassengesetzes giebt noch immer zu vielen Zweifeln und Schwierigkeiten Anlaß. Bei der Vertheilung des Vermögens der fruhier bestehenden Vereinigungen unter die nach dem Gesetze neu zu bildenden Kassen wird vielfach mit einer Härte verfahren, die große Unzufriedenheit unter den Betheiligten erregen muß. So hat neuerdings der Regierungskommissionar in Vignity verurtheilt, daß das Verlangen der fruhieren Allgemeinen Krankenkasse in Grünberg lediglich den sächlichen Vertheilungen zu Gute kommen soll, während die neu gegründeten Betriebskassen leer ausgehen sollten. Und doch sind gerade diesen Mitglieder der aufgelosten Kasse in großer Zahl beigetreten. Den Betriebskassen wird durch diese Regel die geborige Ausstattung des Reservecapitals erschwert, von dessen Bildung sie nach dem Gesetze verpflichtet sind. Ein solches Verfahren, das man auch anderwerts eingeschlagen hat, lat darauf hinaus, diese Kassen von vornherein lahm zu legen, und die Ueberzeugung, daß bei der Ausführung des Gesetzes überall mit gleichem Maße gemessen wird, kann dadurch nicht befestigt werden. Umso mehr wäre zu wünschen, daß die Beschwerte, welche die Vorstände der geschädigten Betriebskassen jedenfalls einreichen werden, nicht ohne Erfolg bliebe.

## Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Bezirksverein der Oranienburger-Vorstadt und des Wedding. In der am 16. März im „Wedding-Parl“, Rundener 178, abgehaltenen Versammlung hielt Herr Tischlermeister Witzen einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: „Bilder aus dem Vereinsleben“. Ref. führte die in Berlin bestehenden verschiedenen Arten der Vereine auf und ging besonders auf die liberalen Vereine näher ein, aus denen die meisten kommunalen Beamten hervorgehen. Diese Vereine thäten aber sehr wenig für die allgemeine Aufklärung, da sie im Jahre höchstens 3 Vorträge halten ließen, wogegen die Arbeiter-Bezirks-Vereine eine ganz bedeutende Thätigkeit entwickelten. Es ist daher die Pflicht der Arbeiter, sich letzteren Vereinen anzuschließen und dieselben zu unterstützen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion theilte sich zunächst Herr Kunkel, welcher ausführte, daß selbst die Bezirksvereine nicht in der Lage sind, sich ihreu Reuten zu beschaffen und daß in erster Linie die Stadtverordneten berufen sind, die Bezirksvereine zu unterstützen. Ferner bemerkte Herr Kunkel betreffs der Verweisung des Arbeiter-Schutzgesetzes an eine Kommission im Reichstage, daß dasselbe auch jetzt noch nicht zum Gesetz würde, so müssen die Arbeiter sich zusammenhalten, um in einer späteren besseren Zeit doch mit ihren Prinzipien durchzubringen. Darauf folgte Herr Buchholz, der besonders die Pflichten und Pflichten der Arbeiter beehrte und die Berliner Einschatigungs-Kommission angriff. Herr Diener betonte sodann, daß es für jeden Arbeiter notwendig sei, mindestens einem gewerkschaftlichen Verein anzugehören. — In der Pause wurde für ein hilfsbedurftiges Vereinsmitglied eine Zellerfassung vorgeschlagen. — Darauf folgte die Fortsetzung der Statutenberatung, welche bis auf den Titel, wozu einige Abänderungsanträge vorlagen, zu Ende geführt wurde. Die Beratung über den Titel des Vereins findet in der nächsten Versammlung am Montag, den 20. April, statt. Die Versammlung am 6. April fällt der Osterfeier wegen aus.

Der Verein für Reform der Schule und Erziehung hält zur weiteu Besprechung seiner Prinzipien am Dienstag den 24. ds., Abends 8 1/2 Uhr, Sophienstr. 15, im Handwerker-Verein eine öffentliche Versammlung für Damen und Herren ab, in welcher Herr Schöfer im Anschluß an die von ihm aufgestellten und zur Vertheilung kommenden Theile über falsche Gesellschafterbildung, insbesondere über Mädchen in Haus und Schule“ sprechen wird. — Alle Freunde der Sache haben Zutritt.

Eine große öffentliche Versammlung findet heute (Freitag) Abends 8 Uhr, Brunnenstr. 10, in der Urania Hall, Tagesordnung: Befestigung der Statuten behufs Gründung eines Sanitatvereins. Ausgabe der Listen behufs Zeichnung. Die Gründung des Vereins ist von der Ausschussbehorde gestattet.

## Briefkasten der Redaktion.

E. 3 und 4. Beantworten Sie die Nachschreibung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihre Mutter zur Zeit des Todes ihren Wohnsitz gehabt hat.

F. E. Rundenerstr. Der Wirth ist auf Grund seines Verprechens verpflichtet, Ihnen die Hälfte der Reparaturkosten zu zahlen.

H. 59. Ihrer Genehmigung zur Wiederverheirathung bedarf die Mutter überhaupt nicht. Sofern aus der Ehe mit Ihrem verstorbenen Vater minderjährige, d. h. noch nicht 21 Jahre alte Kinder vorhanden sind, so muß Ihre Mutter nachweisen, wenn sie zur zweiten Ehe schreiten will, daß die Kinder wegen Ihrer Ansprache an den Nachlaß des Vaters abgefunden sind, oder sie muß einen Erlaubnißschein des vormundschaftlichen Gerichts dem Standesbeamten vor der Anordnung des Aufgebots beibringen.

E. R. Die Kündigung kann an jedem Tage erfolgen.

E. R. 24. Sie können sich ruhig Reister nennen.

A. 100. Da Sie durch die Anordnung des Fabrikanten zur Fertigstellung der Akkordarbeit längere Zeit erwungen mußten, als bei Uebertragung der Arbeit intendirt wurde, so können Sie für die mehr verbrauchte Zeit angemessene Vergaltigung verlangen.

B. 100. Die Frage lot sich nur nach Einrit der Feuerversicherungs-polize beantworten.

Rosenthal 1. Die Wohnung ist am 1. April zu räumen.

2. Kauf ist nicht erforderlich.

G. M. Ein Anspruch auf einmalige Abkundigungsumme ist nicht gegeben.

H. 250. Ja.

Wittnebel. Meineid ist kein Antragsvergehen, derselbe wird von Amtswegen verfolgt.

Baustier. 1. Voraussetzung der Strafverfolgung wegen Ehebruch ist die Trennung der Ehe. Der Strafanspruch kann nicht getheilt werden; die beiden Ehebrecher werden zur Verantwortung gezogen. 2. Der Einwand, welchen Sie anführen, ist unerblich; er kann nie zu einer Abweisung der Klage führen.

Fehrbeilenerstr. 44. Das Sachverhaltniß ist von Ihnen so unklar dargestellt, daß eine Antwort nicht möglich ist.

H. Den Anordnungen des Professors S. Folge zu leisten, ist Ihre Schwagerin nicht verpflichtet. Anspruch auf Kurkosten und Entschädigung kann nicht erhoben werden.

Medlenburger. 1) Für die Kommunal- und Landtagswahlen besitzen Sie kein Wahlrecht. 2) Das Recht ist bei dem Polizeipräsidenten zu stellen. Sie haben nur durch Bescheinigung der Polizeibehorde nachzuweisen, daß Sie sich nicht niedergelassen haben.

R. J. Alexanderstr. Der gemeine Karren soll allerdings über 100 Jahre alt werden.

G. 10. Die Ansprüche aus der auerehelichen Schwangereung fallen sowohl für die Geschwangerte als auch für das Kind fort, wenn nachgewiesen wird, daß die Geschwangerte fruhier außer der Ehe von einem andern, als dem als Erzeuger des Kindes bezeichneten Manne geschwängert worden ist.

## Das neue Ausnahmegesetz in West-Russland.

(Aus der „Allgemeinen Zeitung“.)

Bald nach der Unterdrückung des letzten polnischen Aufstandes erschien im Dezember 1865, auf Antrag des Gouverneurs von Wilna, General Murawjew, ein kaiserlicher Ukas, welcher Individuen polnischer Nationalität und katholischer Konfession den Erwerb unbeweglichen Besitzthums in den ehemals polnischen Provinzen (Litauen, Weiß- und Klein-Rußland) untersagte. Darnach sollte kein Pole in den neun westlichen Gouvernements des russischen Reiches (Kowno, Wilna, Grodno, Minsk, Mohilew, Witebsk, Wolhynien, Podolien und Kiew) weder durch Schenkung noch Vermächtniß und Kauf Güter erwerben können. Man erklärte diese außerordentliche Bestimmung durch den Mangel der Kapazität unmittelbar nach einem blutigen Aufstande; übrigens sollte sie nur transitorische Geltung haben, als Strafe für die Aufständischen und zugleich als Mittel, die Russifikation des Landes zu fördern und in ihm eine größere Anzahl Eigenthümer von russischer Nationalität anzufügen zu machen. Trotz vielfacher Aufmunterung, Erleichterung und Unterstützung, die seitens der Regierung und gewisser Finanzanstalten in dieser Richtung geleistet wurden, haben sich aber seit jener Zeit verhältnißmäßig nur wenige Russen in den genannten Provinzen dauernd angesiedelt. Es war daher schon zu Lebzeiten des Kaisers Alexander II. unter seinen nächsten Rathgebern mehrere Male die Rede davon gewesen, eine Maßregel fallen zu lassen, die trotz ihrer Härte und Gehässigkeit das erwartete Resultat nicht erzielte. Der Umstand, daß u. a. seit mehr als zwanzig Jahren in den Provinzen Ruhe und Ordnung ohne die geringste Störung und Unterbrechung geherrscht haben, schien gleichfalls für die letztere Meinung zu sprechen. Aber gegen Ende des vorigen Jahres wurde in dieser Materie in der Kaiserlichen eine Beratung abgehalten, und gegen die allgemeine Erwartung, unterzeichnete Alexander III. am 8. Januar (27. Dezember 1884) einen neuen Ukas, welcher den alten nicht nur aufrecht erhält, sondern ihn noch erhöht und verschärft. Diese jüngste Verordnung beschränkt noch mehr die Befugnisse der polnischen Bewohner Pachtverträge zu schließen, und entzieht ihnen das Recht, Güter als Garantie oder Unterpfand in Hypothek zu empfangen. Zu alledem verleiht der Ukas dem neuen „Gesetz“ rückwirkende Kraft, um alle die Abmachungen zu verfallen, zu annulliren, ja mit Konfiskation zu bestrafen, welche, zwar legal und formell abgeschlossen, mittelst langjähriger Pacht oder Verpfändung das höhere Gesetz von 1865 umgangen hatten. Es ist das ein harter Angriff gegen die Sicherheit des Eigenthumsrechtes.

Schon durch die wiederholten Konfiskationsedikte (nach den Jahren 1794, 1831 und 1863) hat sich die russische Regierung in den westlichen Provinzen einen großen Theil der Völkereien angeeignet, die sich ehemals in polnischen Händen befunden haben. Die Konfiskation ist gewiß eine verwerfliche Gewaltmaßregel; allein sie bezieht sich doch nur auf Individuen, und zwar in Folge der persönlichen Handlungen derselben. Der jüngste Ukas übertreibt aber in seiner Rücksichtslosigkeit die Konfiskation selbst, denn er trifft eine ganze Schicht der Bevölkerung an bloß, und schlägt seine Opfer nicht wegen einer Schuld, nicht wegen einer begangenen That, sondern lediglich, weil der Zufall der Geburt sie zu Polen geschaffen hat. Schon dieser eine Zug kennzeichnet genügend den Charakter des unbilligsten Ukas. Man kann sich leicht vorstellen, welche weites Feld er der bürokratischen Willkür öffnet, und welche Verwirrung und Erschütterung er in allen Besitz- und Kreditverhältnissen hervorruft.

Seine wirtschaftlichen Folgen stellen sich daher in sehr dunklem Lichte dar: Ruin von Hunderten von Familien, Verarmung des Landes, Entwerthung des Bodens und Sinken seiner Produktionskraft. Dabei ist durchaus nicht zu erhoffen, daß hieraus ein wirklicher Vortheil für die Verwendung von russischen Kapitalien und für die Ansiedlung von national-russischen Grundbesitzern erwachsen wird. Der Versuch, der während der verflochtenen 20 Jahre in dieser Hinsicht gemacht worden, ist gescheitert. Die russischen hierzu verwendbaren Kapitalien sind allzu spärlich, die russischen Einwanderer in den westlichen Provinzen haben sich in den meisten Fällen als mangelhafte Wirtschaftler und mangelhafte Agronomen erwiesen, und haben, abgesehen durch die Regierung bevorzugt und unterstützt, unter den neuen, für sie fremdartigen Umständen nicht Wurzel fassen können. Es ist auch nicht leicht zu vermuthen, daß Landwirthe aus dem angrenzenden Preußen in größerer Anzahl hinüberziehen, um an die Stelle der polnischen Gutsherren zu treten. Die Unzuverlässigkeit der russischen Verwaltung und Rechtspflege, und noch mehr die über die russische Bauernwirtschaft ist dem West-Europäer eine abschreckende Furchung. Höchstens kann man erwarten, daß ein gewisses Kontingent deutscher oder lettischer Ackerbauer aus den russischen Ostprovinzen die gesunkenen Landpreise benutzen wird, um sich in den denachbarten westlichen Gouvernements anzusiedeln. Aber im besten Falle wird diese beschränkte Kolonisation die tiefen ökonomischen Wunden nicht so leicht und nicht so bald heilen können. Bekanntlich bildet in den neun betroffenen Gouvernements das polnische Element die Intelligenz und die relative Wohlhabendheit des Landes; die Vertilgung seiner materiellen Lage wird nun auch den kulturellen Niedergang als unvermeidliche Folge nach sich ziehen. Auch vom politischen Standpunkte läßt sich die besprochene Maßregel schwer rechtfertigen oder auch nur erklären, und man wäre geneigt, dieses scharfe Vorgehen vielmehr den Eingebungen des Hasses und der Leidenschaft, als der einer selbständigen Berechnung, als den Geboten einer bedächtigen Staatsweisheit zuzuschreiben. Man scheint nicht daran gedacht zu haben, daß es immer verhängnisvoll ist — das lehrt die geschichtliche Erfahrung — oppressive Auktionen zu ergreifen auf einer Bevölkerung lange Jahre lasten zu lassen und dadurch eine zahlreiche Klasse von Empirern zu schaffen. Denke man doch nur an Irland, wo nach langen Jahrhunderten die bittere Saat so verderblich emporsteigt.

## Politische Uebersicht.

Der Seniorenkongress des Reichstags hat sich in seiner gestrigen Sitzung darüber schlüssig gemacht, die Reichstags-Oberferien mit dem 24. beginnen zu lassen. — Das Abgeordnetenhause wird sich wahrscheinlich am 27. vertagen.

## Frankreich.

Der 18. März, der Jahrestag der Kommune, ist in Paris vielfach gefeiert worden, doch sind Ruhestörungen nach den vorliegenden Nachrichten nirgends vorgekommen. Ein Telegramm berichtet: „Im Rivollisaal vertheidigten vor 3000 Zuhörern Guesde und Lafargue die Internationale und verlesen Zustimmungsbriefe von Arbeitern aus verschiedenen Ländern. Im Rue

D'Alema'saale deklamirte Clovis Dugues ein Gedicht zum Gedenke der tothen Fahne. Ueberall lief man die Kommune und die Internationale hochleben.“ Auf dem Kirchhof Père Lachaise, wo die 1871 erschossenen Kommunisten ruhen, herrschte reges Leben; die Gräber wurden überall reichlich bekränzt. Die Polizei eriserte einen Kranz, der ein Bildniß der in Satigny bei Versailles erschossenen Kommunekämpfer Ferré und Rossel enthielt; ein weiteres Einschreiten erfolgte nicht. Die Polizei-Kommissare hatten Ordre, keine Zusammenrottungen zu dulden; die geringste Zusammenrottung sollte sofort unter Verufung auf das Gesetz von 1848 auseinandergeprengt werden.

— Da der größte Theil der Pariser Bäcker den Preis des vierpfündigen Brodes schon jetzt, obgleich das neue Zollgesetz noch nicht einmal vom Senat genehmigt ist, um 5 und 10 Cts. erhöht hat, so hat die Regierung die Abtät, die Brodtage wieder herzustellen.

— In der Deputirtenkammer wird über die Listenwahl verhandelt; die Annahme des Entwurfs ist noch sehr zweifelhaft. Die äußerste und die radikale Linke scheinen entschlossen, die Listenwahl nur anzunehmen, wenn das Gesetz die Neuwahlen ausdrücklich in den Oktober verlegt. Die Gambettisten sind angefaßt der zweideutigen Haltung Ferré's nicht ganz siegesgewiß.

## Rußland.

Der Prozeß wegen der flossalen Taganrog'schen Zolldefraudation ist nunmehr von dem Charkower Gerichtshof zum Abschluß gebracht worden. Es handelt sich bei diesem Prozeß um Millionen, welche die Angeklagten defraudirt haben. Sechs Zollbeamte wurden wegen Mißbrauchs aus Eigennutz und wegen Fälschungen, unter Zugrundelegung von Milderungsgründen; die Kaufleute Balliano, Musfuri, Karajani, Spaello, Globin und Beckler wegen Mißbräuche, und Balliano außerdem wegen Fälschungen schuldig erkannt. Freigesprochen wurden sieben Zollbeamte (darunter der Zolldirektor) und die übrigen angeklagten Zollbediensteten und Kaufleute. Schließlich wurden Balliano, Spaello, Globin und Musfuri schuldig erkannt, Beamte zu steuerfreiem Waarendurchschlag bewegt zu haben. Die Verkündung des Urtheils ist bis Freitag vertagt.

## Türkei.

In Konstantinopel herrscht in Folge eines Dynamit-Attentates große Aufregung. In Roussoudjoni, einem der Villenorte auf der asiatischen Seite des Bosporus, erhielt vor einiger Zeit ein reicher, dort wohnender Regierungsbeamter Adem Bey, einen anonymen Brief mit der Aufforderung, binnen einer bestimmten Frist unter einer näher bezeichneter Stein 300 türk. Pfund zu legen, widrigenfalls seine Villa in die Luft gesprengt werden würde. Adem Bey übergab den Brief der hauptstädtischen Polizei, welche denn auch ihre Maßregeln traf. Die Attentäter müssen jedoch davon Wind bekommen haben, da sie die Frist verstreichen ließen, ohne sich an der bezeichneten Stelle bilden zu lassen. Mehrere Tage darauf wurde jedoch die Insassen des Landhauses durch eine furchtbare Detonation aus dem Schlafe gerüttelt und es stellte sich nun heraus, daß in der That eine Quantität Dynamit die Ursache der Detonation gewesen ist. Glücklicherweise sind nur Beschädigungen am Gebäude und dem Mobiliar verurteilt worden. Die hiesige Polizei entwickelt eine große Thätigkeit in der Untersuchung dieses hier noch nicht abgewiesenen Vorfalles, der nicht bloß die ganze Bevölkerung Konstantinopels, namentlich die Bewohner der isolirten Stadttheile, sondern auch das Serail in die größte Aufregung versetzt hat. Im Auftrage Abdul Hamids leitete der hiesige Polizeiminister Kamal Pascha persönlich die Untersuchung und hat sich wiederholt, sogar Nachts und inoffiziell, an die Stelle des Verbrechens begeben, um den Thätern auf die Spur zu kommen. Man hat auch mehrere Verhaftungen vorgenommen, doch ist seitens der Behörde die strengste Geheimhaltung der Untersuchung angeordnet. Die Redaktionen hiesiger Blätter werden in Folge dessen förmlich belagert von Leuten, welche nähere Details über den Gang der Untersuchung erfahren möchten, da bereits die tollsten Gerüchte in der Stadt umherlaufen.

## Amerika.

Eine Depesche aus Mexiko meldet, daß 15 000 Mann mexikanische Truppen den Befehl erhalten haben, nach der mexikanischen Grenze abzugehen. Nach einer Meldung aus Panama bedrohen die Aufständischen die Stadt mit einem neuen Angriffe. Die Aufständischen in Kolumbien haben mehrere Magazine geplündert und drohen, die Stadt in Brand zu stecken.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

71. Sitzung vom 19. März, Vormittags 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes von Boetticher, o. Burckard u. A.

Die Debatte über die Holzölle (Bau- und Kugholz) wird fortgesetzt.

Abg. Dirichlet: Wir können den Waldbesitzern gern eine hohe Rente, aber als das Produkt eigener Arbeit, nicht durch Eingriff in die Taschen der Steuerzahler, zumal den Nutzen von den Holzöllen nur die Großgrundbesitzer haben auf Kosten der kleinen und ärmeren Bevölkerung. Ich beantrage Sie in der That darum, wie Sie Ihr praktisches Christenthum jetzt durch Vertilgung der Holzölle betheiligen! Aber höfentlich werden Sie nicht nur keine größere Majorität finden, als die Getreideöllen, worauf Herr v. D. rechnet, sondern überhaupt abgelehnt werden. Denn hier zieht die verführerische Drohe „Schutz der Landwirtschaft“ nicht, wie bei den Getreideöllen. Der bayerische Kommissar bestreift gestern die Wichtigkeit der Zahlen des Abg. Kröber als nicht für Zoll, sondern für ganz andere Zwecke aufgestellt. So zu deduziren ist wohl ein Reservatrat der bayerischen Regierung? Im gewöhnlichen Leben wenigstens würde dieses Argument die Beweislast jener Zahlen nur verfrachten. Sie klagen, daß die Ueberschwemmung mit fremdem Holz unsere Aushute schädigt. Dagegen ist nach dem Bericht der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung für 1881 bis 1883 der Kugholzpreis seit 1878 nicht so hoch gewesen, wie am Ende jener Periode. Der erste laute Ruf nach Holzöllen kam von den oberschlesischen Latifundienbesitzern. Nach dem bekannten Buch von Hagen-Donner sind aber gerade im Regierungsbezirk Oppeln im Laufe des Jahrhunderts die Einnahmen aus den Forsten wie 1:4; die Betriebs- und Verwaltungsausgaben nur wie 1:3 gestiegen. (Hört!) Mit Ihrer Forderung des Rechts auf steigende Waldrente kommen Sie direkt in den sozialistischen Staat; Sie müssen dann auch eine angemessene Rente der Arbeitskraft fixiren. Der Reichskanzler hat kürzlich gesagt, durchschnittlich finde eine Arbeiterfamilie auf 50 Hektar Wald ihre Nahrung; es gebe also beinahe so viel Waldarbeiter wie landwirtschaftliche. Daraus sieht man wieder, daß es der Reichskanzler mit den Zahlen nicht genau nimmt; nach den

Grundlagen seiner eigenen Rechnung kommen nur 1 383 000 Waldarbeiterfamilien mit 6 Millionen Köpfen heraus; während er wiederholt behauptet hat, von der Landwirtschaft lebten 25 Millionen Menschen. Die Liebe für den deutschen Wald haben auch wir; aber es ist uns noch nicht bewiesen, daß wir zu wenig Wald hätten. Im Gegentheil, in manchen Landestheilen giebt es sicherlich zu viel Wald, und würde es ein Weisheit der Kultur sein, mindestens denjenigen Wald wieder in Acker zu verwandeln, der früher Acker war und nur in Folge von Kriegsnöthen und Kapitalarmuth nicht mehr als solcher kultivirt werden konnte. Auch die höchsten Holzölle werden nie die Waldrente auf die Höhe der Ackerrente bringen können. Der Wald soll nur da erhalten und geschont werden, wo er hingehört; dann wird auch die geringste Waldrente die Befähigung zu einer Deaflation veranlassen können; und der Landwirth, welcher von seinem Wald keine Rente erzielt, würde sogar mit einem Defizit arbeiten, wenn er seine Waldwirtschaft in eine Ackerwirtschaft verwandelt, bezw. Land, welches zum Acker nicht geeignet ist, als Wald kultiviren wollte. Eine Waldverwüstung ist von niedrigen Holzpreisen um so weniger zu befürchten, weil die Hälfte des Waldes im Staatsbesitz ist. Einer künstlichen Steigerung der Kugholzausbeute durch die Zölle siehe ich sehr skeptisch gegenüber; es ist nicht wirtschaftlich, sondern verschwenderisch, Holz, das zum Kugholz nicht taugt, als solches zu verwenden. Außerdem sind die Kugholzpreise auch ohne Zölle dauernd gestiegen. Dandelmänn sagte vor einigen Jahren bei einer Verhandlung im preussischen Landesökonomikollegium, er würde, wenn er ein reicher Mann wäre, sein Geld in Wald anlegen (Heiterkeit links); man könne nicht behaupten, daß in unseren Wäldern keine hinreichende Kugholzausbeute patifände. Glauben Sie übrigens ja nicht, daß ein Steigen der Holzpreise der Forstwirtschaft Nutzen bringen würde; im Gegentheil würde das Kugholz dann mehr und mehr durch das Eichen-, das Brennholz mehr und mehr durch die Kohle verdrängt werden. Den schließlichen Nutzen der Holzölle haben also die Eichen- und Kohlenwerksbesitzer. Bei Ihrer Fürsorge für eichene Jagdäuben scheint es sich mehr um Sympathie mit den Spiritusbrennern als mit den Böttchern zu handeln. Diese ganzen Holzölle bedeuten weiter nichts, als den reichen Leuten, denen man mit den Getreideöllen die Postentlastung stülkt, nun auch noch die Postentlastung zu stülken. Die kleinen Waldbesitzer verkaufen nur in den seltensten Fällen Kugholz; ihnen nügen die Zölle nichts; wohl aber werden alle kleinen Landwirthe, die sämtlichen Holzläufer sind, schwer geschädigt, wenn das Holz vertheuert wird. Ich bitte also auch diejenigen, welche die Landwirtschaft schützen wollen, indem sie die Getreideölle votirt haben, diese Holzölle abzulehnen, ev. den Anträgen Haupt-Ricker zuzustimmen. (Beifall links.)

Preussischer Forstmeister Donner: Ich bestreite entschieden, daß die kleinen Waldbesitzer kein Kugholz verkaufen. Das Umgekehrte trifft meistens zu; namentlich für Westfalen und Hannover. Allerdings sind die Einnahmen der preussischen Forstverwaltung gestiegen, die Reinerträge sind aber gleichwohl im Verhältnis zu den Bruttoerträgen zurückgegangen. Wir haben jetzt in den preussischen Staatswaldungen einen Reinertrag von durchschnittlich 9 M. pro Hektar, das ist keineswegs ein lobnender Forstbetrieb. Die Rente des Waldes muß doch einigermaßen in einem angemessenen Verhältnisse zum Kapitalwerthe stehen. Die vom Abg. Kröber gegen die preussische Forstverwaltung erhobenen Vorwürfe weise ich entschieden zurück, und besonders bestreite ich die Richtigkeit der Zahlen, welche der Abg. Kröber über die Ausbeute von Buchennugholz angeführt hat. Das Buchennugholz bewährt sich mehr und mehr als Kugholz; für manche Zwecke sogar noch besser als Eichenholz. Ich warne Sie dringend, den Anträgen der Abg. Haupt und Ricker zuzustimmen, und bitte Sie, zum Mindesten es bei den Beschläffen Ihrer Kommission bewenden zu lassen im Interesse der Erhaltung einer gesunden Forstwirtschaft.

Abg. v. Wendt: Das große Zahlenmaterial, mit welchem die Gegner der Holzölle ihre Reden anfüllen, hat für uns gar keinen Werth. Die Statistik steht ja Jedermann zum Studium zur Verfügung; es sind bei diesem Studium sehr viele verschiedene Faktoren gleichzeitig zu würdigen. Ob das die Redner, die hier mit so vielen Zahlen kommen, wirklich gelban haben, kann man absolut nicht beurtheilen, weder beim bloßen Anhören der Reden, noch später beim Durchlesen. (Sehr richtig!) Wenn Herr Dandelmänn gesagt hat, als reicher Mann würde er sein Geld in Wald anlegen, so verstehe ich dies dahin, daß er meint, nur ein reicher Mann könne das thun; nur ein solcher, der auch bei verhältnißmäßig geringer Rente seines Kapitals immer noch genug zu leben hat; und nicht ein solcher, der trachten muß, von seinem Geld möglichst hohe Zinsen zu erzielen. Es ist gesagt worden, die Seestädte und der Handel werden durch die Holzölle geschädigt. Die Seestädte müssen sich aber dem fügen, was im Interesse der Gesamtheit liegt; und für den Handel kann es, wenn er nur nicht übertrieben spekulirt, ganz gleichgültig sein, wie hoch die Holzpreise sind; er wird seine Procente doch stets gewinnen. Das Reich thut andererseits sehr viel für den Handel unserer Seestädte; zu seinem Schutz hat es die ganze Flotte gegründet, treibt es jetzt Kolonialpolitik und subventionirt Dampferlinien. Da können die Seestädte auch einmal für die Interessen der Forstwirtschaft ein kleines Opfer bringen. Wir wollen keineswegs ein Recht auf höhere Waldrente proklamiren; wir thun mit den Holzöllen ganz dasselbe, wie mit den Getreide- und Industrieöllen; d. h. wir verschaffen einem großen Theil unserer Bevölkerung lohnende und angemessene Arbeit. Wenn Sie ferner erwägen, daß gerade die kleinen Waldbesitzer vorzugsweise Nutzen von den Zöllen haben und das Ausland die Zölle zu bezahlen hat, so werden Sie sich nicht bedenken, den Kommissionsbeschläffen zuzustimmen und die Amendements abzulehnen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Benda: Auf die Interessenten nehme ich bei der vorliegenden Frage keine Rücksicht; mir liegt allein am Herzen, welchen Einfluß die Erhöhung der Holzölle auf den deutschen Wald haben wird; und aus Liebe zum deutschen Walde werde ich mit dem größeren Theile meiner Freunde gegen die Erhöhung stimmen. Die Waldträge ist keine Rentenfrage, sondern eine Kulturfrage. Man darf nicht jeden Baum darnach taxiren, wie viel Groschen Rente er wohl bringt. Diese Auffassung hat erst in den sechziger Jahren bei uns Platz gegriffen; erst da haben wir den Wald als das schätzen gelernt, was er ist, und von dieser Zeit schreiben sich erst die großen Verwendungen für unser Wald her. Aber auch die Rente hat (wie Redner ziffermäßig nachweist) sich nicht vermindert, zumal dann nicht, wenn man berücksichtigt, daß auch für das Kapital der Zinsfuß von 5 auf 4 pCt. in den letzten 15 Jahren zurückgegangen ist. Ist nun diese gesunde und gute Entwicklung unseres Waldes nicht gefährdet durch die geforderten Holzölle? Es mag zweifelhaft sein, ob man dar-

auf antworten kann, daß der Baumbestand keinen Schaden leiden wird. Aber daß die Antwort auch nur zweifelhaft ist, ist für mich schon Grund genug, um gegen den Zoll zu stimmen. Wirtschaftliche Autoritäten behaupten, daß die höheren Hölle im Gegentheil zu einer höheren Waldkultur führen würden. Ich halte das für einen Irrthum. Der Ankauf von Oeländereien zur Forstkultur ist ein so unrentables Geschäft, daß die Gefahr größerer Abholzung in Folge höherer Holzpreise nicht ausgeglichen wird durch die vermehrten staatlichen Einkünfte zum Zwecke der Aufzucht. Ja, wenn das Holz den doppelten Werth vielleicht erzielte, dann könnte man zugeben, daß die Forstkultur sich erweitern würde, aber daß dieser Zoll einen solchen Einfluß ausüben könnte, muß ich auf das Entschiedenste bestreiten. Die Anschauungen, die in Preußen zu so erfreulicher Förderung des Waldes geführt haben, sprechen mit eben so viel Grund heute gegen die vorgeschlagenen Holzölle. (Beifall links.)

Baierischer Ministerialdirektor G a n g h o f e r: Wenn der Abg. v. Benda den Wunsch hat, den deutschen Wald erhalten zu sehen, so stehe ich mit ihm auf dem gleichen Boden. Ich fürchte aber nicht, daß wir bei steigenden Preisen zu größerer Abholzung kommen würden. Die meisten Waldungen sind ja in den besten Händen, in denen des Staates und der Gemeinden; nur 25 pCt. befinden sich in der Hand privater Besitzer. Der Preisstand hat allerdings auf die Forstkultur einen Einfluß. Eine statistische Zusammenstellung der Waldaufstockungen und Anlagen in Baiern zeigt deutlich, daß der Rückgang der Preise einen Mangel an Kulturlust zur Folge hat. Bei höheren Holzpreisen würde eine Menge von Flächen, welche nicht gerade Oeländ sind, die aber höchstens der Viehwirtschaft dienen, aufgeforstet, was jetzt nicht mehr geschieht. Auch der Staat rechnet mit dem Preisrückgang. Wir haben in Baiern ohnehin so viel Wald, daß wir bei schlechtem Preisstand von Neukulturen absehen. Die Forstpolizeigesetze sind nur ein schwaches Mittel für die Erhaltung des Waldes. Daß viel Holz den Wäldern entnommen wird, ist an sich nicht schlimm; der Wald wächst ja dazu, daß er niedergehauen wird. Die Hauptsache ist nur, daß er auch wieder aufgeforstet wird. Auch in den Gemeinden greift der Gedanke aber immer mehr Platz, daß der Wald eine Rente bringen muß. Ich fürchte, es geht uns mit den Holzölle wie den silberländischen Wäldern; je länger wir damit zögern, desto höher werden sie sein.

Abg. v. G r a m a g k i: Der Holzoll entspringt aus der Nothwendigkeit, den Preis des Holzes so zu reguliren, daß er die Produktionskosten deckt und noch einen kleinen Ueberschuß läßt. Alle Holzproduzenten haben sich auch für die Hölleerhöhung ausgesprochen. Im Osten und Nordwesten des Reiches wird der Zoll gewiß von den Importeuren, von dem Auslande ausschließlich getragen werden, denn Rußland ist gezwungen, sein Holz bei uns abzugeben. Im übrigen glaube ich allerdings, daß der Betrag des Holzes ganz auf den Preis aufgeschlagen wird, aber gerade dieser Zoll trifft vornämlich die Besitzenden, da die ärmeren Leute verhältnismäßig weniger Holz brauchen. Demen, die den deutschen Wald erhalten wollen, empfehle ich besonders die Annahme der erhöhten Hölle, sonst gerade laufen wir Gefahr, was sie vermeiden wollen, den Wald zu Grunde zu richten.

Abg. S t o l l e: Die Holzölle werden damit motivirt, daß der Staat verpflichtet sei, eine gewisse Garantie für die Grundrente zu übernehmen. Warum ziehen Sie aber nicht die Konsequenz, auch des Arbeiters einiges Kapital, seine Arbeitskraft, durch den Staat zu schützen? Der Schutz der nationalen Arbeit wird auch wieder ins Feld geführt, aber als wir bei der Dampferanlage wünschten, daß nur neue und deutsche Dampfer eingeführt würden, da haben sich die Herren von der Schutzpartei ablehnend verhalten. Zunächst befreite ich nun, daß der Wald nicht genügende Rente abwirft. Preußen zieht jährlich geringere Erträge daraus als Sachsen, wiewohl die Holzpreise hier nicht höher sind als dort. Wir in Sachsen haben dazu keine Wasserwege, der größte Theil der Hölzer muß per Bahn oder per Achse befördert werden; die Erde wird für die sächsischen Staatsforsten wenig in Anspruch genommen, im Gegentheil, sie führt uns noch die böhmischen Hölzer zu. Preußen aber hat viele Wasserwege, die das Holz vom Osten nach dem holzarmen Westen bringen. Auch der Hinweis darauf, daß die Hölzer in den Industriegegenden theurer sind, giebt keinen genügenden Grund für die geringen Erträge in Preußen, denn die preussischen Wasserstraßen führen das Holz unmittelbar in das Herz der Industrie hinein. Auch die privaten Waldungen wirtschaften gleich günstig. Da muß doch in der preussischen Forstverwaltung irgend etwas mangelhaft sein. Der Abg. Kroeber hat schon auf die unfreundliche Behandlung der Käufer hingewiesen, aber es müssen noch andere Gründe vorliegen. In den letzten Jahren erst ist man zu einem freihändigen Verkauf übergegangen, und in Folge dessen sind die Erträge auch schon gestiegen. Bei dem früheren Verfahren konnte man die Produkte zu einem unannehmbaren Preise nicht absetzen. In Sachsen beträgt der Reibebtrag pro Hektar 40 M., in Preußen nur 8 M. In Sachsen arbeitet man auch mehr Prozent Nugholz aus dem Walde heraus als in Preußen, ich glaube aber nicht, daß im preussischen Staate weniger Absatz für Nugholz ist als in Sachsen. Für die erhöhten Hölle macht man dann geltend, daß die Konkurrenz des Auslandes sehr stark sei, und daß wir mit ausländischen Hölzern überschwemmt würden; wir hätten aber die Aufgabe, die nationale Arbeit zu schützen, und wir könnten selbst so viel Holz produziren, daß wir das Ausland nicht mehr bräuchten. Wie reimt sich aber damit, daß bei gewissen Submissionen die Bedingung gestellt wird, daß ausländische Hölzer geliefert werden müssen? Will man damit das Zugeständniß machen, daß die deutsche Forstverwaltung nicht im Stande ist, ebenso gutes Material zu liefern? Wenn nun aber der Staat die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß der Forstbestand erhalten werde, so meine ich, es ist dann für ihn überhaupt nicht notwendig, sich darum zu kümmern, ob der Forst eine Rente bringt oder nicht. Das steht jedenfalls fest, daß eine ganz bedeutende Anzahl von Industrien durch diese Erhöhung der Holzölle geschädigt wird. Dann ist auch zu bedenken, daß durch eine Vertheuerung des Holzes die Gefahr in den Bergwerken eine größere wird; denn alle polizeilichen Vorkehrungen in dieser Hinsicht helfen nichts gegen den Eigennutz der Einzelnen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie dringend, lehnen Sie die Hölleerhöhung ab.

Minister Lucius: Der Vorträger hat der preussischen Forstverwaltung getraut, für eine bessere Geschäftswaltung zu sorgen, aber er selbst hat mit seinen Bemerkungen bewiesen, wie wenig er in der Sache zu Hause ist, über die er spricht. Er hat Verhältnisse verglichen, die gar nicht zu vergleichen sind. Es ist natürlich, daß eine Verwaltung, die Millionen von Hektaren unter sich hat, schwerfälliger arbeitet als eine Privatverwaltung. Obensowenig ist ein Vergleich zwischen Preußen und dem Königreich Sachsen zutreffend. Allenfalls könnte mit Sachsen eine preussische Provinz oder ein Regierungsbezirk verglichen werden. Herr Stolle hat aber auch ganz vergessen, daß Sachsen durchweg einen guten Waldboden, die dichteste Bevölkerung, eine hochentwickelte Industrie, ein dichtes Eisenbahnnetz und gute Wasserstraßen hat. Es ist weiter in Betracht zu ziehen, daß die sächsischen Forsten zum großen Theil solche sind, welche die größten Kosten zugleich mit dem größten Nutzen gewähren, während 62 pCt. der preussischen Forsten Aeseraboden sind. Der Anspruch auf eine Rente aus dem Walde soll unbedeutend sein. Aber man kann für eine Pflege des Waldes aus allgemeinen Rücksichten eintreten, ohne daran auf die Erträge aus demselben zu verzichten. Darin liegt kein Widerspruch. Uebrigens ist die Brause von der Rente aus dem Walde in keinem anderen Sinne gebraucht worden, als daß das, was möglich ist zu erzielen, aus dem Walde herausgewirtschaftet werde. Ihnen weiteres Zahlenmaterial vorzulegen, verzichte ich. Aus der Arbeit Dankel-

manns, einer Autorität in dieser Frage, ergibt sich, daß höhere Bruttoeinnahmen aus dem Walde bis zum Jahre 1865 zu verzeichnen sind; von da ab fällt die Linie konstant in Folge der zunehmenden Verwendung von Mineralöle, in Folge der Verdrängung des Eichenholzes für Schiffbauwerke und der wachsenden Einfuhr von Nugholz aus den Nachbarländern. Das Alles beweist auch, daß der bisherige Zollsatz nicht ausreichend gewirkt hat. Daß die Hölle nicht nur dem Großgrundbesitz zu Gute kommen, ist eine Thatsache. Mehr als die Hälfte unserer Forsten befinden sich im Besitz des Fiskus und der Kommunen. Nur 25 pCt. des Waldbestandes sind in der Hand des Großgrundbesitzes. Ich möchte Ihnen deshalb dringend anempfehlen, an den Beschlüssen der Kommission festzuhalten und allen den Anträgen Ihre Zustimmung zu verweigern, die auf eine Abänderung dieser Beschlüsse gerichtet sind.

Abg. S p a h n empfiehlt, seinem Antrage gemäß die eigenen Forstgäuben mit einem niedrigeren Zoll zu belegen, als es in der Kommissionsvorlage geschehen; das betreffende Holz wachse nicht in Deutschland und könne von unseren Böttchern nicht entbehrlich werden.

Abg. R i c k e r t: Herr v. D o hatte mit einer Divinationssage, die ich bei ihm nicht erwartet, gestern vorausgesagt, daß auch meine heutige Rede in der Wiederholung des Soges bestehen werde, daß der Holzhandel der Seestädte durch diese Vorlage werde vernichtet werden. Es ist mir niemals eingefallen derartiges zu behaupten. Im Gegentheil, ich habe ausdrücklich in der Kommission hervorgehoben, daß, wenn für den Durchfuhrhandel Bedingungen geschaffen würden, die einen Export möglich machten, der Holzhandel der Seestädte eine Schädigung nicht erleiden würde. Auch in der Staatsregierung scheint sich übrigens die Erkenntniß Bahn zu ziehen, daß die Holzölle eine schwere Schädigung für weite Interessentenkreise bedeuten. Denn nur so wird es verständlich, wenn unter den Zeitungsstimmen, welche der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, sich auch Artikel befinden, in denen auf die schwere Krise hingewiesen wird, in die wir durch diese Vorlage gerathen werden. Herr v. Benda hat seltsamer Weise geäußert, daß der Holzoll im Interesse der Seestädte liege. Ich lade ihn ein, einmal nach Danzig zu kommen und diese Ansicht dort vorzutragen. Er würde dann sehen, wie dieselbe von dem dänischen Höder aufgenommen wird. Eine andere neue Theorie, die uns bei dieser Gelegenheit vorgetragen wird, wir müßten Sorge tragen, unseren Holzbedarf aus unseren eigenen Waldungen zu decken, negirt unsere ganze moderne Erwerbs- und Kulturentwicklung. Ich sehe davon ab, daß wir mit der fortwährenden Erhöhung unserer Holzbedürfnisse unsere Beziehungen zu den Nachbarländern nicht freundschaftlich gestalten, um mir nicht auch vom Reichskanzler den Vorwurf zuzuziehen, daß ich mit Beziehungen aus das Ausland hemmend auf unsere Verhandlungen mit Oesterreich oder England eingewirkt habe. In Bezug auf das Recht auf eine angemessene Rente aus dem Walde, hat der bayerische Vertreter gestern zwar den Rückzug angetreten, er hat nur noch von einem angemessenen Preise gesprochen, aber in der Kommission ist er in dieser Beziehung weniger blöde gewesen. Minister Lucius hat geglaubt, auf die Vorführung siftemmäßiger Belege seiner Angaben verzichten zu können, und uns auf die Dankelmann'sche Schrift zu verweisen, gerade so wie uns als Beweis für die Richtigkeit der Getreideölle eine Broschüre des Professors Julius Kühn zugestellt ist. Es hat mit diesen auf Reichskosten gedruckten Denkschriften doch eine eigene Bewandniß. Ich möchte den Herrn Präsidenten ersuchen, dahin zu wirken, daß auch unsere Erwidrerungen auf Reichskosten gedruckt und vertheilt werden. Im Uebrigen beweisen diese Schriften, in denen aus ein paar wüthlich herausgegriffenen Daten allgemeine Schlüsse gezogen werden, doch herzlich wenig. Herr Minister Lucius hat Dankelmann zwar eine Autorität genannt. Was sollen wir aber von einer Autorität halten, die 1881 genau das Gegenheil von dem gesagt hat, was sie heute als richtig vertritt? Man sagt, es steht fest, daß eine Nothlage der Waldwirtschaft vorhanden ist, denn die Nugholpreise sind beständig gefallen, aber die allgemeinen Zahlen, die Sie anführen, beweisen nichts. Geben Sie uns einmal Ihre Kassabücher, und dann wollen wir sehen, ob die Reinertragsberechnung, die Sie aufstellen, auf lauffähiger Grundlage beruht. Wir liegen private Mittheilungen aus Schlesien vor, aus denen sich ergibt, daß die Erträge für Nugholz ganz erheblich gestiegen sind. Zum Schluß nur noch einige allgemeine Bemerkungen. Der Reichskanzler hat uns den blöden Höder vorgeführt, der nicht wisse, was er thue. Nun, manchmal hat es der blöde Höder doch gewußt. In einigen Wäldchen hat man den Versuch gemacht, ihn nicht zur Erkenntniß kommen zu lassen; in einem vor mir liegenden Wäldchen der Konzevanden des Wahlkreises Sagan, Spriatow, unterzeichnet Graf Dohna, wird die Behauptung, die Konzevanden würden auch für eine Erhöhung der Holzölle stimmen, als höchliche Verdrehung bezeichnet und dann gesagt, Jedermann wisse, daß die Konzevanden 1883 für die höheren Holzölle gestimmt haben, dieselben seien aber abgelehnt und von ihnen nicht wieder in ihr Programm genommen worden, sie würden nicht für die Verdrängung der Holzölle stimmen (Hört! hört! links). Ich freue mich sehr darüber, die Abstimmung wird es ja zeigen. Herr von Gramagki hat erklärt, Niemand von den Holzproduzenten sei gegen den höheren Zoll, und deutete dabei auf die Bänke dieses Hauses. Das hat mich peinlich berührt. Hier im Reichstage sitzen allerdings sehr große Waldbesitzer, und ich freue mich, Herrn v. Gramagki sagen zu können, daß diese Männer unter Denjenigen sein werden, die mit Nein stimmen werden. Ich kenne einen ehrwürdigen Herrn, der in der Mitte des Hauses sitzt, der 25-30,000 Morgen Waldes sein eigen nennt; der hat schon 1879 dem niedrigen Holzoll ein kräftiges Nein entgegengesetzt. Mir ist noch immer jene Petition um Erhöhung der Holzölle in Erinnerung, die von 54 Grafen und vielen sonstigen Adligen unterschrieben war; solche Petitionen bekommen wir glücklicherweise nicht mehr — es machte sich ja auch nicht sehr gut, zumal ja damals vorzugsweise vom armen Mann und von der Lösung der sozialen Frage die Rede war. Unter dem absoluten Regiment war es Staatsraison, daß die Einzelinteressen sich nicht hervorwagen durften, danach handelten Preußens absolute Könige; soll es die Frucht unseres Konstitutionalismus sein, daß diese Sonderinteressen sich sogar der Stimme der Volkvertretung vollständig bemächtigen? Wie haben noch 1877 die Herren v. Wedell-Malchow und Professor v. Treitschke darüber gesprochen! Es klingt wie ein Märchen aus halboberflungenen Zeiten, wenn man Herrn v. Wedell-Malchow warnen hört, auf die schiefen Ebene des Schutzzolls zu treten, wozu das Parlament von seinem hohen Standpunkt zu einer reinen Interessenvertretung herabstufen würde. (Hört! hört! links.) Und Herr v. Treitschke sagte: „Hüten Sie sich vor diesem ersten Schritt, Sie öffnen dadurch die Schleusen für eine Agitation, welche bald in wildem dachanaischen Treiben das Land in wüthigen Hader stürzen wird.“ (Hört! hört! links.) Worunter hat der Völkerrathling gelitten? Aus der Rede des Herrn von Treitschke wird es der Reichskanzler wissen; dieses Vorwürgen der Sonderinteressen hat ihm ein Ende bereitet. Wenn der Reichskanzler jetzt Recht machen, wenn er wieder mit uns gehen will, die wir gegen diese Bewegung ankämpfen, dann wird er sehen, daß es wieder Frühling werden, daß sich der Staatsgedanke wieder herordrängen wird. (Lachen rechts.) Herr v. Gramagki hat gestern ausgesprochen: der Landmann hat den höheren Getreidezoll bekommen, nun möge er einmal den Holzoll etwas davon hergeben. Es ist das die eigentümlichste Argumentation, die es geben kann. Minister Lucius fordert die Annahme der Hölleerhöhung, damit die betheiligten Kreise endlich Ruhe bekämen. Allerdings, nach Ruhe sehnt sich

das Land; aber ist denn die Regierungsbank die Barriere, die dem Ansturm der Sonderinteressen Stand hält? haben wir nicht 1879 einen Holzoll bewilligt, und sind Sie nicht dennoch nach ein paar Jahren schon mit seiner Erhöhung gekommen? Wie haben sie abgelehnt und jetzt haben Sie Ihre damalige Vorlage noch übertrumpft? Unser Erwerbsleben braucht Ruhe, Stetigkeit der Rationallation; aber diese Ruhe und Stetigkeit wird nur erreicht werden, wenn Sie jedem neuen Versuch, dem vermehrten Appetit der Schutzöllner Genüge zu thun, ein energisches Nein entgegenstellen. Nehmen Sie heute die Erhöhung an, dann wird es sehr bald zu weiteren Erhöhungen kommen, bis wir auf diesem Wege schließlich glückselig zum Tabakmonopol gelangt sind! (Lebhafte Beifall links, Rischen rechts.)

Abg. L e u s c h n e r befragt seinen Antrag, die Grundhöfzer zu dem niedrigsten Zollsatz von 10 Pf. eingehen zu lassen. Es stehen hier (wie Redner namentlich mit Exemplifikation auf Verhältnisse des sächsischen Bergbaues nachweist) wichtige Interessen der Montanindustrie in Frage.

Referent Abg. v. G ö l e r bezeichnet in seinem Schlusssatz die gestrige Behauptung des Abg. Kroeber, welcher gesagt hatte, die Petitionen bairischer Gemeindevertretungen zu Gunsten der Holzölle seien durch eine Wache zustande gekommen, als eine Beschimpfung dieser Gemeindevertretungen. (Große Unruhe.) Er müsse dagegen Protest einlegen.

Abg. K r o e b e r (persönlich): Meine thatsächlich gestrigen Ausführungen halte ich aufrecht; es hat mir aber fern gelegen, irgend eine bairische Gemeindevertretung beschimpfen oder beleidigen zu wollen.

In der Abstimmung wird die Regierungsvorlage, welche am weitesten geht, einstimmig abgelehnt.

Die zur Kommissionsvorlage gestellten Anträge auf Ermächtigung für einzelne Kategorien werden sämtlich abgelehnt, darunter der Antrag Leuschner, für Grundholz einen Zoll von 10 Pf. beizubehalten, gegen die Stimmen des Antragstellers. Die Kommissionsvorlage selbst wird mit 155 gegen 144 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Für dieselbe stimmen die Deutschkonservativen, die Reichspartei, die Mehrheit des Centrum und von den Nationalliberalen die Abgeordneten Sticker (Rostenburg), Beiel, Brünings, v. Fischer, Klump, Kraemer, Kraft, Leemann und Feustel. Gegen die Kommissionsvorlage stimmen die Freisinnigen, die Sozialdemokraten, Volkspartei, Polen, Welfen, die Mehrheit der Nationalliberalen, ca. 12 Mitglieder des Centrum und der konservative Abgeordnete v. Hofstein. Schließlich gelangt der Antrag des Abgeordneten Spahn mit 165 gegen 132 Stimmen in folgender Fassung zur Annahme: in Nr. 13 die Bestimmung unter a. Bau- und Nugholz wie folgt zu fassen:

1. roh oder lebendig in der Querrichtung mit der Rgt oder Säge bearbeitet oder bewaldrachtet, mit oder ohne Rinde; eigene Holztauben: 100 Kilogramm 0,20 Mark.

2. in der Richtung der Längsaxe beschlagen oder auf anderem Wege als durch Bewaldrachtung vorgearbeitet oder zerleinert; Holztauben, welche nicht unter 1. fallen, ungehäutete Korbweiden und Reifenspäße; Raben; Felgen und Speichen: 100 Kilogramm 0,40 M.

Für denselben stimmen Konservative, Reichspartei, Centrum mit Ausnahme des Abg. Pfaffert und außer den vorher genannten Nationalliberalen noch die Abg. Kalle, Scipio und Sehlmayr. Gegen denselben stimmen die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Volkspartei, Polen, Welfen und die Mehrheit der Nationalliberalen.

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Berathung bis Freitag 12 Uhr vertagt.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom 19. März.

Stadtvorordneten-Vorsitzer Dr. Straßmann eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr und giebt zunächst bekannt, daß die Ausschüsse zur Vorberathung der Vorlage, betreffend den Ankauf des der Petri-Kirchengemeinde gehörigen Theiles des alten Jakobstrahofes in der Karlsruferstraße und zur Vorberathung der Vorlage, betreffend die Stige zum Neubau einer Gemeindeschule auf dem Grundstücke Höchststraße 34/35, sich konstituirten haben.

Nachdem noch einige sachliche Mittheilungen gemacht wurden, trat man in die Berathung der Tagesordnung ein.

Bei Berathung des ersten Punktes der Tages-Ordnung: Berichterstattung über die Vorlage, betreffend das Projekt zum Neubau eines Gymnasiums auf dem Grundstücke Pantstraße 9/12, referirt zunächst

Stadtv. Dr. S c h w a l b e: Trozdem der Ausschuss manche Bedenken hatte, so kam man doch durch genaue Prüfung zu der Ansicht, daß der Antrag des Magistrats zu empfehlen sei. Die allerdings sehr große Summe von 67 000 Mark, welche der Bau nach dem Voranschlage mehr koste, rechtfertige sich in erster Linie durch den schlechten Baugrund. In Betreff der Direktoren-Wohnung sei es gerügt worden, daß die Räumlichkeiten dieser Wohnung zu großartig seien; allein es ließe sich dies eben nicht ändern; dagegen sei die Kommission für die Verkleinerung der Turnhalle gewesen und werde sich wahrscheinlich die Bauumme dadurch um ca. 23 000 Mark verringern.

Stadtv. Dr. G e r t e n b e r g empfiehlt die Vorlage des Magistrats, die Turnhalle in dem großen Maßstabe zu errichten. Stadtv. Böhm spricht dagegen für den Ausschuss-Antrag, es sei gar kein Bedürfnis dafür vorhanden.

In demselben Sinne äußert sich ebenfalls Stadtv. Dr. R ü t e n.

Stadtv. Dr. G e r t e n b e r g betont: die Söhne des Volkes gebrauchten solcher Räumlichkeiten zur Erholung und ihrer körperlichen Ausbildung. Die Summe könne bei solchen Sachen nicht in Betracht.

Stadtv. S c h u l z II spricht in dem gleichen Sinne.

Stadtschulrath F ä r s t e n a u betont, daß, sollte man den Ausschussantrag annehmen, die Turnhalle entschieden zu klein werden würde.

Referent Stadtv. Dr. S c h w a l b e: Die Zweifel über die Höhe der Vertheuerung bei der Durchführung der Magistratsvorlage sind ungerechtfertigt. Die Erbauung der geplanten größeren Turnhalle erfordert ein Plus von 24 000 M. Bei der Abstimmung wird der Ausschussantrag (Verkleinerung der Turnhalle) abgelehnt. Die Magistratsvorlage angenommen.

2. Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Errichtung eines Fensterrechts an der Hochstraße für das Grundstück Münzstraße 7, wird auf Antrag des Stadtv. R ü t e n noch einmal zur Berathung in die Kommission zurückverwiesen.

3. Berichterstattung über den Etat für die Verwaltung der sächsischen Gasanstalten pro 1. April 1885 wird auf Antrag des Stadtv. S p i n o l a en bloc angenommen.

4. Fortsetzung der Berichterstattung, betreffend den Stadthaushaltetat pro 1885/86, und zwar: Städtische Straßenbeleuchtung, städtische Straßenreinigung und Bepflanzung, Abteilung 1. Städtische Straßenbeleuchtung, Abteilung 2. Städtische Straßenreinigung und Bepflanzung.

Referent Stadtv. D a n k e. Abteilung 1 wird ohne Widerspruch angenommen.

Bei Abteilung II bespricht zunächst Stadtv. G r a d i die Ankauf jugendlicher Arbeiter. Es entspreche durchaus nicht dem Gemeinwohl, durch jugendliche Arbeiter die männliche Arbeitskraft immer mehr zu entwerthen. Der Arbeitslohn an und für sich sei schon so herab gedrückt, daß diejenigen, die fortwährend, meistens bei Nacht, den Einflüssen der Witterung preisgegeben sind, die zur Kräftigung ihres Körpers erfordern

den Bedürfnis nicht mehr befriedigen können. Bei einem  
Antrag vom 3. M. und 2.50 sei bei den hiesigen Verhältnissen  
und bei angestrengter Nacharbeit selbst nur bei mäßiger  
Frucht nicht auszukommen. Sie prunkten immer mit unserer  
Straßeneinigung, gedenken Sie auch derer, die dieselbe ver-  
lassen.  
Stadtrath Neubrunk bespricht zunächst die Wichtigkeit  
der Angaben über die Lohnhöhe. 3 M. werden gezahlt und  
ausnahmsweise 2.50 M. Im Uebrigen sind die „Herr-  
schaften“ schon mitunter so alt, daß sie sich verheirathen  
lassen, wie das kürzlich erst vorgekommen ist.  
Stadtv. Görki: Die von mir angegebenen Zahlen sind  
dem Etat entlehnt. Der Versuch des Herrn Stadtrath, die-  
selben anzuzweifeln, ist also mißlungen. Wenn er glaube, durch  
Angelegen das zu erreichen, was er bei ernstlicher Diskussion nicht  
erzielen kann, so wird ein solches Benehmen in der Bürger-  
schaft schon genügende Würdigung erfahren. „Herrschaften“,  
man ja — wenn der Herr Stadtrath meint — die sollen wohl  
seiner Meinung nach nicht so viel erhalten, daß sie sich ver-  
heirathen können, fast klingt es so aus den ironischen Bemerk-  
ungen des Herrn Vortredners heraus.  
Kapitel XV. 5. Abtheilung 1. Gemeindefriedhöfe.  
Stadtv. Gerold regt an, ob nicht die etatsmäßigen  
Gräber im Gebiet der Hilfsarbeiter gleichzustellen wären.  
Nach längerer Debatte, an der sich unter Anderen Rämmerer  
betheiligt, wird der Antrag Gerold angenommen.  
Stadtv. Dopp rügt, daß die Hilfsarbeiter zu abhängig  
von ihren vorgesetzten Beamten seien. Einer sei u. A. ent-  
lassen worden, weil er eine Petition an den Magistrat um  
Abstellung mitunterzeichnet habe.  
Stadtrath Schreier erwidert, der betreffende Beamte  
sei nicht wegen Unterschrift der Petition, sondern wegen Re-  
sistenz entlassen. Ueberhaupt soll man sich hüten, die Stellung  
dieser Hilfsarbeiter zu überschätzen.  
Stadtv. Dopp: Er kenne die Thatsachen nicht genau.  
Er habe nur hypothetische Thatsachen erwähnt. Im  
Uebrigen sind seine Ausführungen unverständlich.  
Rämmerer Runge erwidert in kurzer Weise und wider-  
spricht die Ansichten des Stadtv. Dopp.  
6. Verwaltung der Krankenhäuser und Einrichtungen für  
Krankheitspflege. Abtheilung 1. Siechenanstalten: A. für  
Männer: B. für Frauen, werden ohne Debatte angenommen.  
7. Vorlage — zur Beschlußfassung —, betreffend die Stige  
zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule auf dem Grund-  
stück Müllerstr. 48. — Es wird die Einsetzung einer Kom-  
mission beantragt.  
Stadtv. Bruner betont, daß namentlich der mangel-  
haften Stige halber eine solche Kommission erforderlich sei.  
Baurath Plankestein spricht gegen Einsetzung einer  
Kommission.  
Die Einsetzung einer solchen wird abgelehnt und die Ma-  
joritätsvorlage mit äußerst zweifelhafter Majorität ange-  
nommen.  
8. Vorlage — zur Beschlußfassung —, betreffend die Er-  
weiterung des von den Grundstücken Kasanien-Allee 65/66 zur  
Wärmerestregulierung erforderlichen Terrains. Wird ohne De-  
batte genehmigt.  
9. Vorlage — zur Beschlußfassung —, betreffend die Er-  
weiterung des von dem Grundstück Alexandrinenstr. 118 zur  
Straßenerweiterung erforderlichen Terrains. Stadtv. Löwel  
beantragt Ausschlußberatung.  
Es wird demgemäß beschlossen. (Rufe: Gegenprobe.)  
10. Vorlage — zur Beschlußfassung —, betreffend die Er-  
weiterung des zur Freilegung der Bismarckstraße zwischen der  
Bismarckstraße und der Bergmannstraße erforderlichen Terrains.  
Ohne Debatte wird der Magistratsantrag genehmigt.  
11. Vorlage — zur Kenntnisnahme —, betr. die Anfrage  
des Stadtverordneten Goerdt und Genossen in Bezug auf  
a) die für die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-  
verwaltung geltenden Grundzüge u. b) die Verhandlung  
mit der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft  
wegen Einlegung von Früh-Wagen und Ausgabe von Tages-  
blättern.  
Stadtv. Görki beklagt seine Befriedigung über die  
Auskunft des Magistrats und wünscht größere Berücksichtigung  
des Berliner Volksblatt.  
12. Vorlage — zur Beschlußfassung —, betreffend den  
Ankauf der Grundstücke Alexandrinenstr. 5 und 6, sowie des  
Grundstückes des Grundstückes Alexandrinenstr. 11 zum Bau  
einer höheren Bürgerschule.  
Stadtv. Richter ist gegen Einsetzung einer Kommission.  
Die Einwendungen gegen den Ankauf seien nicht stichhaltig.  
Die Säuren sind so hoch, daß keine Belästigungen zu er-  
warten sind. Die Rasen sind weit und schaden im Uebrigen  
nichts. Wie kann man daraus ein Argument gegen den An-  
kauf der vorgeschlagenen Grundstücke machen?  
Stadtv. Singer will den Herrn Vortredner in seinem  
Ausspruch für die Grundstücke nicht folgen. Wenn Herr  
Stadtv. Richter so eingehend über diese Sachen gesprochen  
hat, warum hat derselbe über die Preisdifferenz denn geschwie-  
gen? Alles dies und der gute Gebrauch, solche Sachen ein-  
gehend zu prüfen, zwingt uns, den gewohnten Weg der Aus-  
schußberatung nicht zu verlassen.  
Stadtrath Schmidt: Der Preis der Grundstücke ist  
ein großer, betrachte man alles dies, so ist das in der Vor-  
lage bezeichnete das billigere. Es bleibt also faktisch kein  
anderes.  
Stadtv. Schwabe: Es ist wünschenswert, der Eltern  
wünsche endlich zur definitiven Abmündung zu kommen. Dies  
wünsche Herr Richter betonen müssen. Die Grundstücke, die uns  
zum Kauf vorgeschlagen sind total unglücklich gelegen, um-  
geben von einer Anzahl störender Fabriken. Aus diesem Grunde  
wünsche ich für Kommissionsberatung.  
Stadtv. Scheiding: Ich habe auch zur vorbereitenden  
Kommission gehört und kann mich den Ausführungen des Herrn  
Richter durchaus nicht anschließen. Die Verhältnisse sind an-  
ders. Aus diesen Gründen bin ich für Ausschlußberatung.  
Hierauf wird die Beratung geschlossen.  
13. Vorlage — zur Beschlußfassung —, betreffend die Ver-  
änderung der Heianlage im Leibniz-Gymnasium.  
Stadtv. Schmeiß und Reichow beantragen eine  
Kommissionsberatung. Es wird danach beschlossen.  
14. Etat der Reuter-Stiftung pro 1. April 1885/86 wird  
in bloc angenommen.  
15. Vorlage — zur Beschlußfassung —, betreffend die Ver-  
änderung der für den Grundstücks-Erwerbungsfonds erlassenen  
Bestimmungen.  
Stadtv. Ramskau beantragt, diesen Punkt dem Etat-  
ausschuß zu überweisen. Es geschieht.  
Schluß der Sitzung.

### lokales.

Dem Berliner Biergeschäft steht eine großartige Um-  
wälzung bevor. Der seit etwa acht Tagen aus Amerika zurück-  
gekehrte Sohn des hiesigen wohlhabendsten und in weiten  
kreisen bekannten Rentiers v. Z., der sich jenseits des Ozeans  
nach seinem ansehnlichen Vermögen recht praktische Kenntnisse  
erworben hat, beabsichtigt seine Reichthümer für Gründung  
einer Brauerei zu nutzen, deren Vorkurien mit den Lokalen  
einer Kunden durch eine unterirdische Röhrenleitung in Ver-  
bindung gebracht werden sollen. Das Bier wird dann statt  
aus einem Viertel- oder Achtelmaß in der entsprechenden Menge  
aus dem Lagerfaß im Keller der Brauerei verzapft. In  
den Röhrenleitungen werden Reiter angebracht, nach deren An-  
wesen die Zahlung erfolgt. Weib ein Wirth mit der  
Zahlung im Rückstande so wird ihm das Bier „ab-

gedreht“, ganz wie das beim Gas der Fall ist. Privatleute,  
die gerne Bier trinken, können sich ebenfalls eine Röhrenleitung  
ins Haus legen lassen. Sie brauchen dann das Bier sich nicht  
mehr über die Straße zu holen, und alle Klagen über kleines  
Maß oder abgestandenes Bier u. haben ein Ende. Probatum  
est! — Wir leben doch wirklich in einer großartigen Zeit!  
N. Ein räuberischer Ueberfall ist, wie uns von Augen-  
zeugen berichtet wird, gestern Nachmittag auf den Voten eines  
hiesigen Bankinstituts am Spittelmarkt verübt worden. Dem  
Voten, der eine namhafte Summe von der Reichsbank ab-  
geholt hatte und dieselbe in einer Geldtasche trug, wurde an  
dem eingangs genannten Plage plötzlich von einem reduzierten  
aussehenden Individuum versucht, die Geldtasche zu entreißen;  
dem energischen Widerstande, den der Angefallene leistete, war  
es zu danken, daß der Strolch seine Absicht nicht zur Aus-  
führung bringen, vielmehr von anderen Personen festgenommen  
werden konnte. Behufs Feststellung seiner Persönlichkeit wurde  
der freche Räuber nach dem nächsten Polizeibureau geschickt.  
Eine Spur des Raubmörders, der den Angriff auf den  
Schauspieler Paul machte, ist nach Angabe der „Pos. Stz.“ ge-  
funden. An derselben Bude, an welcher der Zug zum Stehen  
gebracht worden war, erkundigte sich, nachdem er wieder weiter  
gebracht, bei dem Bahnwärter ein plötzlich auftauchender Herr,  
aus welchem Grund der Zug gehalten habe. Nachdem der  
Wärter erklärt hatte, er kenne den Grund nicht, fragte der  
Fremde, wo er sich denn eigentlich befinde. Hierauf ging der  
Fremde. Zu bemerken ist, daß sich dort kein Weg befindet. Es  
ist anzunehmen, daß der Fremde Derjenige gewesen ist, welcher  
muthmaßlich schon in Berlin mit eingestiegen, um Paul, den  
er für einen reichen Kuffen gehalten haben mag, unterwegs zu  
ermorden und zu berauben. Nachdem die Beraubung mißlungen  
war, gelang es ihm, vom Wagon, als derselbe langsam  
fuhr, herabzuspringen und nach dem Walde zu entkommen.  
Bald lehrte er aber zurück, vergewisserte sich durch jene Anfrage  
beim Wärter, ob derselbe von dem Attentate schon etwas wisse  
und befragte ihn hierauf, als er sah, daß dem Wärter noch  
nichts bekannt sei, nach der Gegend.  
Polizei-Bericht. In der Nacht vom 17. zum 18. d. M.  
vergiftete sich ein in der Grünauerstraße wohnendes Mädchen.  
Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft. — Am  
18. d. M. früh sprang eine Kellnerin nach vorangegangem  
Streit mit ihrem Liebhaber in selbstmörderischer Absicht in der  
Nähe der eisernen Drehbrücke in den Landwehrkanal. Der da-  
bei anwesende Vledbater sprang ihr nach, um sie zu retten,  
kam jedoch anscheinend auch in Lebensgefahr. Beide wurden,  
ohne Schaden genommen zu haben, von einem mit seinem  
Rahn in der Nähe liegenden Schiffer aus dem Wasser ge-  
zogen. — Am Vormittage desselben Tages wurde an der  
Schleuse die Leiche eines etwa 45 bis 50 Jahre alten Mannes,  
ein Taschentuch mit dem Namen „Ballg“ gezeichnet in der  
Hand haltend, im Wasser gefunden und an der Kronprinzen-  
brücke die Leiche eines etwa 30 Jahre alten, anscheinend dem  
Arbeiterstande angehörenden Mannes angeschwemmt. Beide  
Leichen wurden nach dem Obduktionshause geschafft.

### Gerichts-Zeitung.

Die Fällung der Berliner Stadtabobligationen,  
welche bei ihrer Entdeckung im vorigen Sommer so bedeuten-  
des Aufsehen erregte, beschäftigte gestern das Schwurgericht  
des Landgerichts I. Des Münzverbrechens angeklagt, hatten  
der Porzellanwaarenhändler Rudolf Heinrich Höftmann und  
dessen Ehefrau Anna, geb. Hofmann, auf der Anklagebank  
Platz zu nehmen. Höftmann hat bereits früher eine acht-  
jährige Buchhausstrafe wegen desselben Verbrechens erlitten  
und zwar hatte er damals Interimskauttionen über Eisenbahn-  
Stammaktien und Hirscheine zu Magdeburger Stadt-Obli-  
gationen gestellt. Der Thatbestand der Anklage läßt sich in  
Kürze folgendermaßen zusammenfassen: In der Mittags-  
stunde des 27. August vor. J. kaufte ein anscheinend  
dem Bürgerstande angehörige Frau in dem Konfektengeschäft  
von Begold und Kuhlhorn, Leipzigerstr. 90, für 3 M. Stück-  
chokolade, Vanille und Chokoladenbonbons, gab einen Fünf-  
loupon über 20 M. der 4 Prozent Berliner Stadlanleihe vom  
Jahre 1882 in Zahlung und erhielt 17 Mark heraus. Als der  
Geschäftsleiter bald darauf den Schein zu Gesicht bekam, wurde  
sophistischer Verdacht in ihm rege, daß derselbe falsch sei, er legte  
ihn der Magistratskasse vor und hier wurde die Unrichtigkeit des-  
selben sofort festgestellt. Die Ausgeberin dieses Falschstücks ist  
die Frau Höftmann gewesen, die Verkäuferin bei Begold und  
Kuhlhorn, ein Fräulein Achilles, hat sie mit aller Bestimm-  
theit rekonstruirt, als sie ihr vorgeführt wurde. Die Ange-  
klagte bestritt damals, je im Geschäfte von Begold u. Kuhlhorn  
gewesen zu sein und blieb bei dieser Behauptung, trotzdem bei  
einer Hausdurchsuchung eine Dose mit der Firma B. u. A. vor-  
gefunden wurde, sowie auch eine Quantität Chokolade, welche  
der Geschäftsführer als aus seinem Geschäfte herkommend be-  
zeichnete. In Folge der über diese Vorfälle veröffentlichten  
Zeitungsnotizen meldete sich bei der Kriminal-Polizei der in  
der Rosenthaler-Straße wohnhafte Kupferstecher Stachow und  
machte folgende Angaben: Am 5. August sei in seiner  
Wohnung der ihm damals unbekannt Höftmann erschienen,  
habe einen Druckstempel auf den Namen v. Rangé bestellt und  
ihm den betreffenden Namenszug auf einem Theaterzettel vor-  
gelegt. Gleichzeitig habe derselbe einen Trockenstempel bestellt  
auf den Namen J. Racistrat zu Berdin und eine betreffende  
Federzeichnung übergeben, welche ein Wappen zeigte, das auf  
dem Schilde einen Bären führte. Den bestellten Trockenstempel  
fertigte Stachow in drei Exemplaren und holte der Angeklagte  
diese drei Trockenstempel, sowie den Druckstempel auf den  
Namen Rangé lautend am 9. August ab. Gleichzeitig bestellte  
er noch Zeichnung einen neuen Druckstempel, ein Bären-Wappen  
mit Verzierung in Laub und die Buchstaben L. E. unter dem  
Wappen enthaltend. Nach einigen Tagen erschien der  
Besteller von Neuem, erklärte, daß der Bär im Wappen  
wie ein Hund aussehe und bestellte deshalb eine zweite  
Platte zum Trockenstempel. Am 29. August, Abends,  
erschien bei Stachow der Dienstmann Keumann mit  
einem Bettel, in welchem der Besteller, der sich Kaiser ge-  
nannt hatte, um Auslieferung des Trockenstempels ersuchte.  
Da der Stempel noch nicht fertig war, ließ Stachow den Auf-  
traggeber für zwei Tage später bestellen und als derselbe dann  
persönlich erschien, ihn verhaften, da sein inzwischen aufgelauch-  
ter Verdacht durch die Zeitungsnotizen bedeutend verstärkt  
worden war. Bei der noch an demselben Tage erfolgten Durch-  
suchung der Höftmann'schen Wohnung, Kanonierstr. 22, sind  
ein Falschchein der Berliner Anleihe, sowie 2 unfertige Stempel  
und eine Stempellösche vorgefunden worden. Der Falschchein  
hat, wie die Anklage behauptet, als Vorlage gedient, da es  
ein echter ist. Die Falschstücke sind jedenfalls mit den ersten  
Trockenstempeln angefertigt, welche Höftmann am 9. August  
abgeholt. Zu ihrer Herstellung ist in dem Druckstempel  
v. Rangé das v. und der Agent fortgesetzt und das a durch  
Fellen oben geöffnet, sowie ebenfalls bei dem gedruckten Wap-  
pen die Verzierungen und die Buchstaben L. E. um  
das Bären-Wappen weggefeilt worden. Bei dem Trocken-  
stempel ist der Bär, der einem Hunde gleicht und offenbar dem  
Höftmann nicht gefallen hat und weshalb er bei Stachow eine  
neue Platte bestellt, weggeschnitten worden. Das J. vor  
Racistrat ist gleichfalls entfernt und aus Berdin durch Um-  
änderung des d in ein l „Berlin“ hergestellt worden. Racis-  
trat in Magistrat umzuändern machte ebenso wenig Schwierig-  
keiten und somit konnte man nach allen diesen Veränderungen  
deutlich „Magistrat von Berlin“ lesen. Bei seiner Verhaftung  
behauptete Höftmann, daß er von einem, ihm sonst unbekanntem  
Kunden, der sich Racistrat nannte und angeblich zu Berdin  
bei Stargard i. B. wohnte, beauftragt worden sei, ihm einen  
Trockenstempel auf den Namen „J. Racistrat zu Berdin“ mit

Wappen zu besorgen. Frau Höftmann ist einen Tag später,  
als ihr Mann, in Untersuchungshaft genommen worden. —  
Die Angeklagten bestreiten ihre Schuld und da zahlreiche  
Bezeugen zu vernehmen sind, sind zwei Tage zur Verhandlung  
angelegt. Die Vertheidigung führt R. A. Dr. Friedmann.  
Nach Erledigung der üblichen Präliminarien beginnt der Vor-  
sitzende, Landgerichtsdirektor Plehaczek, mit dem Inquisitions-  
protokoll der Angeklagten. Höftmann entpuppt sich als ein äußerst ge-  
fährlicher Mensch; außer der erwähnten achtjährigen Buchhaus-  
strafe wegen Münzverbrechens hat er bereits zwei Gefängnis-  
strafen wegen Diebstahls und dann noch eine vierjährige Buch-  
hausstrafe wegen gewerdmäßiger Heberei hinter sich. Die  
Ehefrau Höftmann ist noch unbestraft. Beide Angeklagte be-  
streiten mit Entschiedenheit jegliche Schuld. Höftmann vertheidigt  
sich mit großer Energie und führt aus, daß er unmöglich der  
Verfertiger der in Rede stehenden künstlich gearbeiteten Falschstücke  
sein könne, da seine Thätigkeit als Lithograph sich auf eine zwei  
monatliche Lehrzeit beschränkt habe, in welcher er über das  
Abstreifen der Steine nicht hinausgekommen sei. Er sei auch  
dabei zu Unrecht verurtheilt worden, indem er dem Falsch-  
schreiber des Schreibschloßverständigen zum Opfer gefallen. Sodann führt  
er den großen Unbekannten, den Herrn Racistrat aus Berdin  
ins Gesicht, der ihm die betreffenden Stempel in Auftrag ge-  
geben habe. Auch den erschütterndsten Beweismomenten  
versucht er einen unvernünftigen, harmlosen Anstrich  
zu geben, und mit geradezu verblüffendem Raffinement  
sucht er sich durch die unglücklichsten Ausreden aus  
der Schlinge zu ziehen. Seine Frau schildert er als eine  
Person, die durch übertriebene Mißhandlungen seitens ihrer  
Stiefmutter an Gedächtnisschwäche leide und in Folge einer  
allzustreng religiösen Erziehung „verdummt“ worden sei. Das  
mit ihr angestellte Inquisitionswort widerspricht aber diesen  
Angaben, auch sie vertheidigt sich mit großer Jünglingsfertigkeit und  
nicht geringerem Raffinement als ihr Mann. Bei der Haus-  
suchung ist eine Geldsumme von 490 M. vorgefunden worden  
und zwar zwischen dem Boden und der untersten Schublade  
einer Kommode versteckt, beide Angeklagte können in diesem  
Aufbewahrungsort in Ermangelung eines Geldschrankes etwas  
Verdächtigtes nicht erblicken. Wenn je eine Beweisaufnahme  
zu Ungunsten der Angeklagten ausfällt, so war es die dieser  
Verhandlung, aber trotzdem die Belastungsmomente sich in er-  
drückender Schwere häuften, beharrten die Angeklagten bei  
dem unfruchtbaren System des Weigerns. Während des  
jüngsten Theils der Beweisaufnahme, der sich auf die  
muthmaßliche Art und Weise der technischen Anfertigung  
der Falschstücke bezog und während welcher die Oeffentlichkeit  
ausgeschlossen wurde, wurde auch der Stadtkämmerer Runge  
vernommen. Staatsanwalt Heinemann hielt die Angeklagten  
auf Grund der Beweisaufnahme in allen Punkten für über-  
führt und sprach am Schluß seines Plaidoyers die Ueberzeugung  
aus, daß die Geschworenen ein schuldigprechendes Ver-  
dict fällen würden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fried-  
mann, legte den Schwerpunkt seines Plaidoyers in die Aus-  
führung, daß der Frau Höftmann eine direkte Schuld nicht  
nachzuweisen sei und beantragte deren Freisprechung. Die  
Geschworenen gaben diesem Antrage Folge und bejahen nur  
die Schuldfragen in Betreff des Höftmann, worauf der Staats-  
anwalt gegen denselben eine 5 jährige Buchhausstrafe, gegen  
Frau Höftmann Freisprechung beantragte. Das Urtheil gegen  
H. lautete auf 5 Jahre Buchhaus und die üblichen Neben-  
strafen.

Eine bemerkenswerthe Anklage wegen Freiheits-  
beraubung gelangte gestern gegen den Restaurateur Johannes  
Androch und den Portier Ludwig Freischer vor der zweiten  
Strafkammer hiesigen Landgerichts I. zur Verhandlung. Das  
in der Friedrichstraße 80, in der Nähe der Leipzigerstraße be-  
legene Lokal des Angeklagten, in welchem die Gäste durch  
Kellnerinnen bedient werden, wird sittenpolizeilich auf das  
Strengste überwacht. Am Abend des 28. August v. J. um  
11 Uhr erschienen in demselben die Sittenschuleuleute Krause  
und Weidemann, um eine Kontrolle auszuüben. Unmittelbar darauf  
rief nach der Belundung der Polizeibeamten der erste Ange-  
klagte dem zweiten aus dem Fenster zu: „Ludwig, schließ die  
Thür ab!“ Als die Beamten sich entfernten, drehte  
Androch sofort das Gas ab und schloß die Thür des Lokals  
hinter sich ab, so daß die Ersteren sich im Finstern nach der  
Hausflur tappen mußten, die sie verschlossen fanden. Dieselben  
begaben sich nach dem 1. Treppenhoch gelegenen Lokal zurück,  
wo sie erst nach mehrfachem Klopfen eingelassen wurden.  
Androch erklärte, keinen Haus Schlüssel zu besitzen und deshalb  
nicht in der Lage zu sein, die Beamten herauszulassen.  
Sittenschuleuleute er auch, wenn sie künftig wieder nach der  
Polizeistunde kämen, würde er abermals abschließen lassen. Erst  
nach Verlauf einer halben Stunde gelang es den Beamten, auf  
die Straße hinauszukommen, indem ein Bewohner des Hauses  
die Thür von Außen aufschloß. Unmittelbar nachher war auch  
Androch herunter gekommen und hat sich an der nun vor ihm  
geöffneten Hausthür über die abziehenden Beamten lustig ge-  
macht. Die Angeklagten stellen jegliche Schuld in Abrede, der  
Gerichtshof erachtete sie jedoch bezüglich des Androch für er-  
wiesen und verurtheilte denselben zu drei Wochen Ge-  
fängnis, den Freischer sprach er mangels Beweises seines Ein-  
verständnisses frei.

—y. Ein edles Schwesternpaar. Zu den zahlreichen  
Zuschauern, welche am Abende des 10. Januar d. J. den Vor-  
stellungen in den Reichshallen beizuwohnten, gehörte auch eine  
hübsche und elegant gekleidete Dame, welche alleine an einem  
etwas abseits stehenden Tische saß. Sie schien keineswegs un-  
angenehm berührt, als ein, anscheinend fremder, distinguirter  
Herr neben ihr Platz nahm; bereitwillig ging sie aus das das von  
ihm angeknüpfte Gespräch ein und bald war das Paar in  
einer lebhaften Unterhaltung begriffen. Die Vorstellung war  
zu Ende und dankbar nahm die Dame die Rittersdienste des  
Kavaliers, der sich als Versicherungsbeamter A. aus Potsdam  
vorgestellt und ihr „Arm und Geleit“ angetragen hatte, an. Auf  
dem Nachhausewege wurde erst in einer Weinstube eingeleitet.  
Als der Inspektor am nächsten Morgen mit etwas wüstem  
Kopfe den Inhalt seiner Brieftasche revidirte, da gewahrte er  
zu seinem Schrecken, daß ihm 2 Hundertmarktscheine aus der-  
selben gestohlen waren und wie Schuppen fiel es von seinen  
Augen, daß die interessante Dame vom gestrigen Abend eine  
Hochstaplerin war und die Scheine eskamotirt haben mußte,  
als sie mit anscheinend großem Interesse die Sittenei der  
Tasche bewunderte. Er theilte der Kriminalpolizei sein Erlebnis  
mit und nach seiner detaillirten Beschreibung der Dame glaubte  
der Kommissar in derselben eine der Schwestern Rabenhorst,  
überberühmte Personen, welche mit Vorliebe die öffentlichen  
Bergnügungslotale frequentiren, um ihre Opfer ins Garn zu  
locken — zu erkennen. Er ließ beide Schwestern sofort nach dem  
Mollenmarkt holen, um sie dem Bestohlenen vorzuführen.  
„Das ist sie!“ rief Herr A. sofort, als Fräulein Antonie  
Rabenhorst ins Zimmer trat. Dieser folgte aber auf dem Fuße  
deren Schwester Agnes und rath- und salfunglos starrte der  
Bestohlene bald die Eine, bald die Andere an, so frappant war  
die Ähnlichkeit, welche noch durch gleiche Größe, Figur und  
gleiche Kleidung gehoben wurde, zwischen dem Schwesternpaar.  
Beide bestritten, den Herrn A. je gesehen zu haben, und wenn  
dieser auch schließlich bei der bestimmten Behauptung stehen  
blieb, daß eine von ihnen seine Gesellschafterin vom vorigen  
Abend sein müsse, so erklärte er doch, daß er außer Stande  
sei, sie bestimmt zu bezeichnen. Unter diesen Umständen machte  
der Kommissar den Schwestern klar, daß er sie einstweilen beide  
in Haft behalten müsse. Nach einem Zwischenfall zwischen den letzteren  
geführten leisen Zwiegespräch trat nunmehr Agnes Raben-  
horst vor und erklärte, daß sie die Begleiterin des Inspektors  
gewesen sei und räumte nach längerem Weigern auch  
ein, daß sie die Scheine eskamotirt, aber auch bereits ver-  
ausgibt habe. Nunmehr wurde sie in Untersuchungshaft ge-

nommen, während ihre Schwester auf freiem Fuß gelassen wurde. Gestern stand in dieser Sache vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Termin an und nahm die Verhandlung einen überraschenden Verlauf. Die Angeklagte hatte sich nämlich vor einiger Zeit dem Untersuchungsrichter vorführen lassen und ihm gegenüber erklärt, daß sie im Interesse ihrer Schwester sich selbst fälschlicher Weise bezichtigt habe, sie, die Angeklagte, könne die Täterin nicht sein, da sie vom 7. bis 11. Januar in Freideberg bei Verwandten gewesen sei. Diese Angaben fanden durch die angestellten Ermittlungen volle Bestätigung und erübrigte es im gefügigen Termine, zu welchem sowohl der Bestohlene als auch die Schwester der Angeklagten geladen waren, nur, die Motive dieser falschen Selbstbezeichnung zu ergründen. Es war dies sehr leicht, die Schwestern ahmten sich nämlich auch insofern, als sie beide bereits wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft sind, und da Antonie Radenboist das längste Sündenregister hat und weiß, daß ihrer das Buchhaus hart, so hatte sie ihre Schwester bezogen, diesen Koup auf ihr Konto zu nehmen. Für die Erstere war es sehr schlimm, daß ihre Schwester schließlich anderen Sinnes wurde, und erhob sie, die sie frisch, frohlich und frei als Beugin den Gerichtsfaal betreten hatte, kein geringes Lamento, als der Staatsanwalt sie vom Flecke weg in die Zelle bringen ließ, die ihre Schwester vorher verlassen. Die Letztere wurde natürlich in Freiheit gesetzt.

### Vereine und Versammlungen.

† Auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes polizeilich verboten wurde die Kommunalwählerversammlung, welche am Abend des 18. März im Salon „Zum Deutschen Kaiser“, Lohringerstr. 87, stattfinden und sich über das Bedürfnis der Errichtung von Sanitätswohnungen aussprechen sollte. Das Verbot hatte Herr Medailleur Krohm übernommen. Ein starkes Polizeikommando unter Führung eines Polizeioffiziers hielt den Zugang zum Lokale, sowie die Nachbarschaft und angrenzenden Straßenthelle besetzt, doch hielten verschiedene Arbeiterpatrouillen den Zugang zu dem Versammlungsorte fern, um etwaigen unliebsamen Szenen von vornherein vorzubeugen und wurde die Ordnung in keiner Weise gestört. — Ein gleich starkes Aufgebot von Schutzeinheiten zu Fuß und zu Pferde bemerkte man in der Kommandantenstraße, woselbst in Nieß's Salon der demokratische Verein eine Gedächtnisfeier an den 18. März abhielt. Das wenig geräumte Lokal war überfüllt, doch traten auch hier die geübten Befürchtungen nicht ein und nahm die Versammlung einen durchaus ruhigen Verlauf und ein eben solches Ende.

† Die Organisation der Berliner Tischler zur Lohnbewegung nimmt jetzt in der städtischen Reihe der in Berlin befindlichen Arbeiterorganisationen die erste Stelle ein. In der am letzten Dienstag abgehaltenen Delegiertenversammlung traten wieder 48 Werkstätten mit zusammen 581 Tischlern der Reaktion bei, so daß momentan 857 Werkstätten und Fabriken mit insgesamt 8932 Tischlern beteiligt sind. Die jetzt regelmäßig an jedem Dienstag Abend 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 37, stattfindenden Delegiertenversammlungen bilden das Band, welches die Organisation auf diese Höhe gehoben hat. In klarer, allgemeiner verständlicher und objektiver Weise, werden in diesen Versammlungen, — wo von jeder Werkstätte, resp. von je 10 Mann einer Fabrik nur ein dazu von den Kollegen der Werk-

statt ernannter Delegierter Zutritt hat —, die in einzelnen Werkstätten oder in der allgemeinen Lage entstehenden und bestehenden Mißstände besprochen, sowie nach reiflicher Erwägung Beschlüsse gefaßt, welche jedoch nicht nur auf Papier geschrieben, sondern auch sofort durch die Kraft der Organisation durchgeführt werden. In allen Kreisen, auch in den Kreisen der Arbeitgeber der Tischler respektiert man jetzt bereits die Beschlüsse der Organisation, ein Zeichen dafür, daß dieselbe sich Achtung zu verschaffen gewußt hat, durch Energie, Ausdauer und zielbewußtes Vorgehen. Die Nachbarteile von Berlin schließen sich jetzt ebenfalls an, so haben bereits die Tischler in Niddorf sowie in Charlottenburg ihren Beitritt erklärt. Bestimmte Beiträge werden nicht erhoben und es ist jedem Tischler überlassen nach eigenem Ermessen seine freiwilligen Beiträge zu bezahlen. Zur Entgegennahme der Beiträge sind für Berlin acht Zahlstellen errichtet, in welchen an jedem Sonnabend und Montag von 7 Uhr Abends an Beitragen angenommen werden. Die Zahlstellen befinden sich Skaligerstr. 18 bei Stramm, Ritterstraße 34 bei Amme, Belleallianceplatz 6 bei Hülscher, Blumenbalstraße 5 bei Sammar, Müllerstraße 184 bei Dering, Fehrbellinerstr. 50, Lichterbergerstr. 17 bei West, Grüner Weg Nr. 83 bei Blumberg. Die Zahlstelle in Niddorf befindet sich Bergstraße 129 bei Niesgels und ist, sowie die Zahlstelle in Charlottenburg, welche sich Spreestraße 25 bei Schwarz befindet, jeden Sonntag von 9 Uhr Vormittags geöffnet. Auf allen Zahlstellen erhält jeder Zahlende Wertmarken im Betrage der Zahlung. Die Leitung dieser Organisation ist der Zentral-Lohnkommission der Tischler übertragen, deren Vertreter, Herr Noedel, Dramienstr. 8 wohnhaft, jedem Tischler bereitwillig jede Auskunft erteilt.

Spandau. Die hiesigen Maurer haben beschlossen, den Kongress zu beschicken und sich durch Herrn W. Müller dort vertreten zu lassen. Eine am 7. d. M. tagende Versammlung des Fachvereins beschäftigte sich wieder mit der Lohnfrage. Die hiesigen Meister wollen wohl 35 Bfg. Lohn zahlen, aber nicht als Minimallohn. Es wurde beschlossen, noch einmal und zum dritten Male also eine Bitte an die Meister durch eine Deputation zu richten, wozu sich vier Mitglieder des Vereins freiwillig erbieten. Inzwischen beginnen die Meister mit Mahregelung der Arbeiter. Ein hiesiger Meister entließ 15 Gesellen, Mitglieder des Fachvereins, weil sie um eine Lohnhöhung baten. Unter denselben befand sich der Vorsteher des Fachvereins, ihm wurde außerdem noch eröffnet, daß er bei diesem Meister nie mehr Arbeit erhalten würde, auch will der Herr dafür sorgen, daß er in Spandau überhaupt keine Arbeit bekomme. Wir entnehmen diese Angaben dem „Baupolier“ und bedauern wirklich aufrichtig, daß genanntes Blatt den Namen dieses Mustermannes von Arbeitgeber verschwiegen hat. Die Namen solcher Herren, die sich nicht nur entblößen, den Arbeiter durch plötzliche Entlassung drohlos zu machen und ihn so wenigstens in eine momentane Verlegenheit bringen, die ihren Einfluß sogar soweit ausnutzen, diese Verlegenheit ins Unendliche fortzusetzen, den Arbeitslosen schließlich aus der Heimath zu jagen, verdienen in der That öffentlich genannt zu werden. Es ruft gewiß von einem edlen, menschenfreundlichen Sinn, Jemandem, der doch nur in bescheidener Weise seine wirtschaftliche Lage zu verbessern sucht, sofort die Mittel zu seiner ferneren Existenz abzuschneiden. Das ist wirklich

lieberröthlich und human, und es lohnte sich fastlich, sich ein solches Exemplar von Arbeiter einmal etwas bei Licht anzusehen. Vorkämpfer ist das Uebergewicht des Geldsack wohl nur selten hervorgetreten.

Die Verwaltung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Drechsler und verwandten Berufsgenossen (S. 6. 48) macht ihren Mitgliedern bekannt, daß von jetzt ab bis auf weiteres die Krank nunterstützung in der Fischerstr. 24 bei Gerde ausgezahlt wird, und zwar Mittwochs Abends 7—9 Uhr und Sonntags 10—12 Uhr Vormittags. Die Zahlstellen unserer Kassen sind folgende: 1. Al. Hamburgerstr. 27. — 2. Gollnow- und Weinsrahen-Ecke bei Blumberg. — 3. Andreasstr. 44 bei Wisting. — 4. Fischerstr. 24 bei Gerde. — 5. Skaligerstr. 65 Munske. — 6. Reichendergerstr. 24 bei Schröder. — 7. Naunowstraße 78 bei Ehrlich. — 8. Rittenwalderstr. 57 bei Schubert. — 9. Stallhreiberstr. 41/42 bei Schwarz.

Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen hält am Sonnabend, den 21. März Abends 8 Uhr, in den Gratweil'schen Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79, eine Versammlung ab. T. D.: 1. Vortrag des Herrn Noeske über die Bedeutung des Normalarbeitstages. 2. Diskussion. 3. Wichtige Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erforderlich. Gäste haben Zutritt.

Verein „Gemeinschaft“ zur Wahrung der Interessen der Obst-, Gemüse-, Milch-, Kohlen-, sowie aller Händler Berlins. Freitag, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Herrn Orschel, Sebastianstr. 39, Vereinsversammlung. Vortrag: Gäste haben Zutritt.

Der Fachverein der Tischler feiert am Sonntag, den 5. d. M. (1. Osterfeiertag) in der „Berliner Ressource“ (Kommandantenstr.) sein 5. Stiftungsfest, zu welchem Billits nur in den Versammlungen des Vereins, sowie bei den Herren Zygaut, Moritzstr. 22, Böhm, Johanniterstraße 10, Deckmann, Rantewitzstraße 40, IV, Wolter, Lohringerstraße 24, Strahburg, Münchbergerstraße 26, zu haben sind. Am Festabend feiert Billitausgabe.

### Kleine Mittheilungen.

Saarbrücken, 18. März. Die Bergwerks-Explosion hat sich in Flöz 3 der Grube Comphausen bei Dudweiler ausgebreitet. Von 219 Mann, welche zur Nachtschicht eingefahren waren, sollen nach der „Saarbrücker Zeitung“ 30 getödtet sein, darunter 16, die vor der Katastrophe zu Tage gefahren waren. — Wie schon gemeldet, ereignete sich das Unglück Nachts 1 Uhr Meterhohe Flammen schlugen plötzlich zum Schacht herauf. Die blitzartige Explosion scheint Alles verwüstet zu haben, denn große Trümmerhaufen erfüllen den Schacht. Bald nach der Katastrophe traf ein Extragewinn mit Rettungsmannschaften ein, und die Aufräumungsarbeiten wurden sofort mit größtem Eifer begonnen, dieselben können jedoch nur langsam ihren Fortgang nehmen. Die Verwundeten, unter ihnen etwa 150 verarbeitete Männer, sind wahrscheinlich sämtlich todt, da Massen von Gasen sich angesammelt und alle Ventilatoren und Ventilations-Einrichtungen zu Bruch gegangen sind. Daß 92 Tödtete bereits gefordert wurden, ist schon gemeldet.

### Theater.

#### Königliches Opernhaus.

Heute: Der Trompeter von Säckingen.

#### Königliches Schauspielhaus.

Heute: Die Frau ohne Geist.

#### Deutsches Theater.

Heute: Der Weg zum Herzen.

#### Bellealliance-Theater.

Heute: Der Raub der Sabinerinnen.

#### Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.

Heute: Galpatone.

#### Central-Theater:

Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.

Heute: Der Walzerkönig.

#### Residenz-Theater:

Direktion Anton Anno.

Heute: Zum 30. Male: Der Vergnügungszug. Hierauf: Die Schultzeiterin.

#### Walhalla-Operetten-Theater:

Heute: Der Feldprediger.

#### Königsstädtisches Theater:

Heute: Bestregtes Gastspiel der Original-White-Star-Minireits. Dazu: Onkel Bräsig.

#### Ostend-Theater:

Heute: Bineta.

#### Wallner-Theater.

Heute: Die Sorglosen.

#### Viktoria-Theater.

Heute: Sulfurina.

#### Alhambra-Theater.

Heute: Bella-Vista.

### Arbeitsmarkt.

Ein Schuhmacher auf Herren- und Damenarbeit wird verlangt Köstritzer Bldg 8 bei Zaake. 589

Berggoldgräber auf Reiten verlangen Rüger u. Günther, Andreasstr. 10. 590

Eine schöne gr. leere Stube m. sep. Eing. i. J. 1. April in d. Alexandrinenstr. 2. v. Zu erst. d. G. Niebe, Adalbertstr. 94.

### Central-Kranken- und Sterbekasse

der

### Tabakarbeiter Deutschlands

(G. v.) in Hamburg, örtliche Verwaltungsstelle Berlin.

Die wöchentlichen Beiträge werden von jetzt ab jeden

Sonabend von 7 bis 9 Uhr Abends in folgenden Zahl-

stellen entgegen genommen:

Alte Schönhauserstraße 42 bei Berse;

Krausstraße 54a bei Nagel;

Wasserthorstraße 44 bei Struthmann;

ferner jeden Montag von 7 bis 9 Uhr Abends:

Adalbertstraße 4 bei Hügger,

sowie an den übrigen Tagen, und zwar Morgens von 8

bis 10 Uhr, Mittags von 12 bis 2 Uhr und Abends

von 7 bis 9 Uhr (mit Ausnahme des Montags und Sonn-

abends Abends) und des Sonntags von 8 bis 12 Uhr

Vormittags in der Wohnung des Vorsitzenden Adolf

Dittmann, Brunnenstr. 42, v. 3. Tr., bei welchem auch alle

Kranken-Neidungen u. s. w., sowie die Auszahlung der Ver-

pflegungsgelder stattfinden. Reinhold Venner, Vorsitzender,

591 Gr. Frankfurterstraße 79, Hof 3 Tr.

### Große öffentl. Versammlung

am Freitag, den 20. März, Abends 8 Uhr,

in der „Urania“, Brangelfstr. 9 u. 10.

Tagesordnung:

Belanntgabe der Statuten behufs Gründung eines

Sanitäts-Vereins. Ausgabe der Listen behufs Ein-

zeichnung. Die Gründung des Vereins ist von der Aufsichts-

behörde sanktionirt. Die Kommission.

J. B.: Otto Schulz, Bergmannstr. 97, II.

### Mitglieder-Versammlung

der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und

anderer gewerblicher Arbeiter der örtlichen Verwaltungsstelle

Berlin O. Hallesches Thor

Sonntag, den 22. März, Vormittags 10 Uhr, Tel.-owerstr. 8

bei Rothacker.

Tagesordnung: 1. Hauptwahl von 14 Delegirten zur

Generalversammlung. 2. Fortsetzung der Statutenberatung.

Mitgliedsbuch legitimirt. Zahlreiches Erscheinen ist un-

bedingt notwendig. 592 Der Bevollmächtigte.

### Fachver. d. Berl. Metallarbeiter

in

Gas-, Wasser- u. Dampf-Armaturen.

Sonabend, 21. März, Abends 8 Uhr, in den Gratweil'schen

Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79:

### Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Noeske über die Bedeutung des

Normalarbeitstages. 2. Diskussion. 3. Wichtige Vereins-

Angelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

Gäste haben Zutritt. — Um pünktliches und zahlreiches

Erscheinen ersucht 594 Der Vorstand.

### Große Versammlung

der Mitgliedschaft der

Former Berlins u. Umgegend

am Sonntag, den 22. März, Vorm. 10 Uhr,

in Concord's Salon, Wasserthorstraße Nr. 68.

Tagesordnung:

Die Wichtigkeit des Anschlusses an die Centralisation der

Metallarbeiter Deutschlands.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Ehrensache. —

Neue Mitglieder werden aufgenommen. 587 Der Vorstand.

### Selbstunterricht

in der

einfachen und doppelten kaufmännischen

Buchführung

und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems

zur

doppelten Buchmethode

von

C. Schmidt, Lehrer d. Handelswissenschaft

Preis Mk. 1,50.

Zu beziehen durch die Expedition des „Berliner Volksblatt“

Zimmerstraße 44.

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.

Soeben erschien im Verlage von J. G. W. Dietz

Vergleichende statistische Uebersicht

der

Wahlen

zum deutschen Reichstage

von

1881—1884.

Zusammengestellt unter Benützung der vom kaiserlichen sta-

tistischen Amte ausgearbeiteten Statistik der allgemeinen Wahlen

für die VI. Legislaturperiode des deutschen Reichstages im

Jahre 1884, sowie Dr. A. Phillips's Statistik der Wahlen

(Berlin, Louis Gerschel.)

Von H. D.

Preis 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:

Das

Elend der Philosophie.

Antwort auf Broudhons „Philosophie des Elends“.

Von

Karl Marx.

Mit einem Vorwort von Friedrich Engels.

Preis Mark 3,50.

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:

Das

Elend der Philosophie.

Antwort auf Broudhons „Philosophie des Elends“.

Von

Karl Marx.

Mit einem Vorwort von Friedrich Engels.

Preis Mark 3,50.

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:

Das

Elend der Philosophie.

Antwort auf Broudhons „Philosophie des Elends“.

Von

Karl Marx.

Mit einem Vorwort von Friedrich Engels.

Preis Mark 3,50.

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:

Das

Elend der Philosophie.

Antwort auf Broudhons „Philosophie des Elends“.

Von

Karl Marx.

Mit einem Vorwort von Friedrich Engels.

Preis Mark 3,50.

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:

Das

Elend der Philosophie.